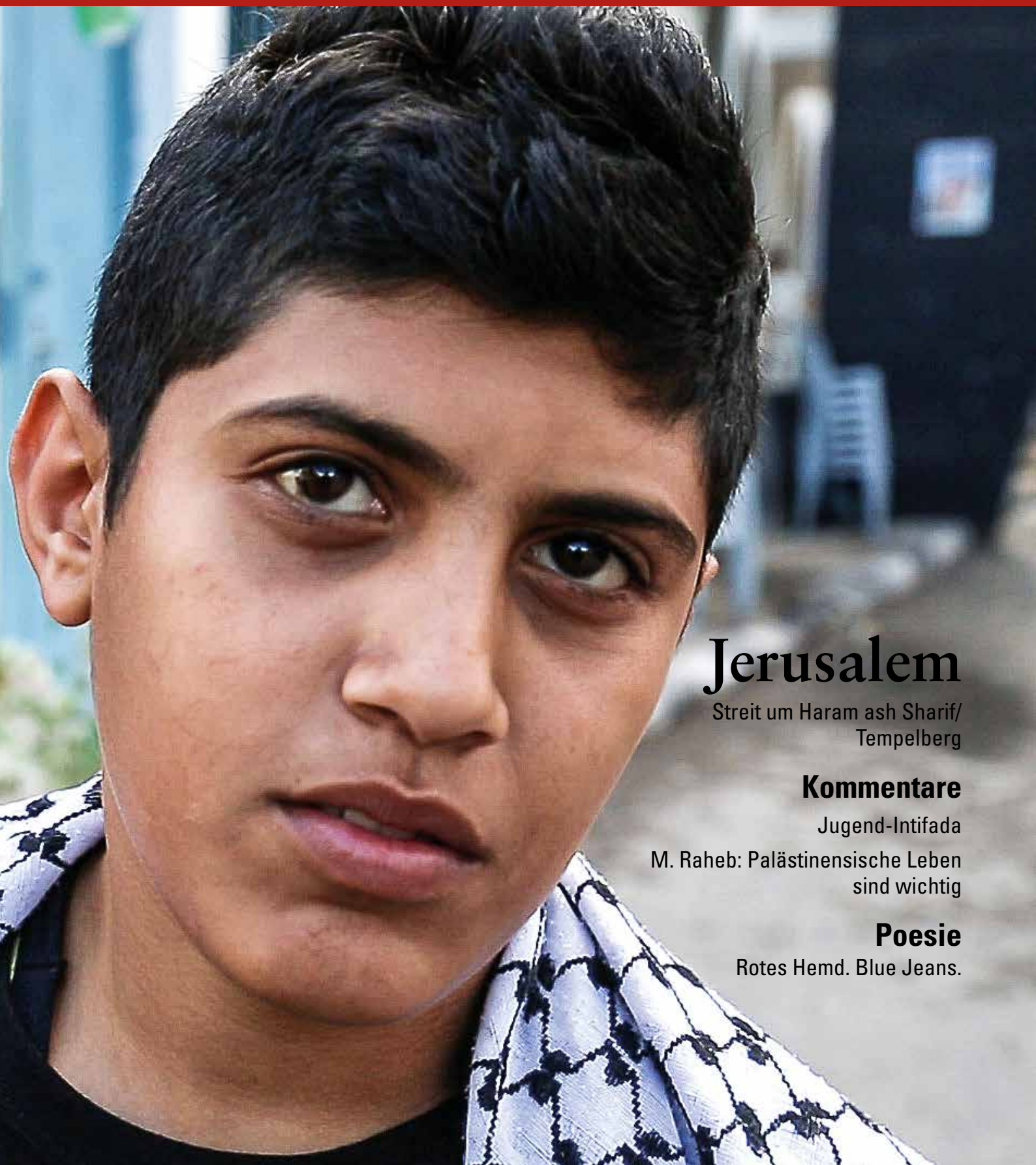


Palästina Journal

Ausgabe 10 · Dezember 2015
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft



Jerusalem

Streit um Haram ash Sharif/
Tempelberg

Kommentare

Jugend-Intifada

M. Raheb: Palästinensische Leben
sind wichtig

Poesie

Rotes Hemd. Blue Jeans.

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Jürgen Sandler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Druckhaus  **Köhler**
Harsum GmbH

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2015 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen
zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 100339210 · BLZ 370 605 90
BIC: GENODE1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Mohammed Abeer Allah 17. Oktober 2015
FOTO // FADI ABOU AKLEH / AEI

Mohammed trauert um seinen 13-jährigen Bruder Shadi. Dieser wurde von einem israelischen Scharfschützen am Rachelgrab in Betlehem erschossen. Er wurde direkt ins Herz getroffen und war sofort tot. „Wir waren Freunde und Brüder und waren die ganze Zeit zusammen ... Jetzt haben sie ihn mitgenommen“, sagt Mohammed.

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 10 · Dezember 2015



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Jugend-Intifada / Geplante Zwangs-Ausbürgerung / Boykott zeigt Wirkung / USA streicht Zuschüsse an Palästinenser/innen / Ägypten zerstört Gaza-Tunnel
- 06 Schwerpunkt Jerusalem //** Streit um den Haram ash-Sharif (Tempelberg)
- 08 Schwerpunkt Jerusalem //** Zeittafel Jerusalem
- 09 Hintergrund //** Marwan Barghouti: Brief aus dem Gefängnis
- 10 Kommentare //** Jugend-Intifada / Mitri Raheb: Palästinensische Leben sind wichtig
- 11 Deutsche und EU-Nahostpolitik //** Britische Regierung will BDS stoppen
- 12 Schwerpunkt Jerusalem //** Interview mit Sliman Mansour
- 14 Aktivitäten //** Antwort des Kirchentags auf Tutu / Palästina-Tagung „Gewaltfreier Widerstand“ / Israelkritische Ausstellung abgesagt / DPG fordert Schutz der Palästinenser/innen
- 16 Deutsche und EU-Nahostpolitik //** EU muss Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen bannen
- 17 Weltweite Solidarität //** Gaza-Flottille / Gegen Abrissaktionen / Menschenrechtsverbrechen / Protest gegen Sperranlagenbau / Reykjavik für BDS / Aufruf zur Internationalen Solidarität / Gegen US-Militärhilfe
- 21 Bücher und Filme //** Foto-Ausstellung „Übe das Leben jetzt“ / Film: Milliarden für den Stillstand / Recht ströme wie Wasser / Palestine in Israeli School Books
- 22 Poesie //** Rotes Hemd. Blue Jeans. von Samah Sabawi
- 23 Projekthilfe //** Breakdance in Gaza

Liebe Leserinnen und Leser,

während wir diese Ausgabe zum Schwerpunkt Jerusalem vorbereitet haben, gab es immer mehr Anzeichen auf eine neue Intifada. Deshalb haben wir auch diese neuen Entwicklungen mitberücksichtigt. Wir hoffen, dass es uns wieder gelungen ist, ein gutes, informatives Journal zusammenzustellen.

Die Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

P.S. Durch ein Versehen unsererseits hatte der Artikel „Militärische Zusammenarbeit mit Israel“ in der letzten Ausgabe des Palästina Journals keine Autorenzeile. Wir bitten das zu entschuldigen. Er wurde von Otfried Nassauer verfasst.

Nachrichten aus Palästina

FOTO // LUAY SABABA



Jugend-Intifada

AUFSTAND KOSTET TOTE

Der Aufstand der Palästinenser/innen kostet immer mehr Tote. 51 tote Palästinenser, darunter 14 Kinder und eine Frau, hat das Palestinian Center for Human Rights (PCHR) bis zum 25. Oktober gezählt. Das Menschenrechtszentrum macht dafür die „Schieße und töte Strategie“ der israelischen Armee gegenüber vermuteten Messer-Angrifern verantwortlich. Es verurteilt die internationale Gemeinschaft für ihr Schweigen. Dies ermutige die Armee weiter zu machen und führe zu noch mehr Opfern.

WEITER STEIGENDE VERARMUNG

Die Armut in der palästinensischen Bevölkerung steigt laut einem Bericht der Weltbank vom September 2015 das dritte Jahr in Folge. Ein Viertel der Bevölkerung lebt mittlerweile in Armut. Schwaches Wirtschaftswachstum, Rückgang in der Entwicklungshilfe und die zeitweise Aussetzung von Steuergeldern durch die israelische Regierung hätten Reformanstrengungen der palästinensischen Autonomiebehörde zunichte gemacht. Die Weltbank sieht Risiken für politische und soziale Unruhen.

MESSERATTACHE AUF MUSTAFA BARGHOUTHI

Auf Dr. Mustafa Barghouthi, den Präsidenten der Palestinian Medical Relief Society (PMRS), ist am 26. Oktober eine Messerattacke verübt worden, wie medico international berichtet. Er wurde in der Nähe seines Hauses in Ramallah von zwei Männern mit einem scharfen Gegenstand angegriffen und im Gesicht verletzt. Einer der beiden Angreifer soll während der Attacke „Jetzt lass dir von der Intifada helfen“ gesagt haben. Mustafa Barghouthi hatte mehrfach öffentlich die Legitimität der derzeitigen Proteste gegen die israelische Besatzung verteidigt. Nach dem Angriff betonte er: **„Das wird mich nicht davon abhalten, weiter für ein Ende der Besatzung einzutreten. Es ändert auch nichts an meinem Festhalten am Prinzip der Gewaltlosigkeit im Widerstand. Ich denke auch nicht daran, meine humanitäre Arbeit mit PMRS einzuschränken.“**

ÄGYPTEN ZERSTÖRT GAZA-TUNNEL

Die ägyptische Regierung hat nach Angaben von BBC im September begonnen, noch intakte Versorgungstunnel nach Gaza zu fluten. Damit wolle die ägyptische Regierung Aufständische bekämpfen, die über die Tunnel in den Sinai gelangen könnten. Zuvor schon hatte die ägyptische Regierung tausende Wohnungen und Häuser auf der ägyptischen Seite an der Grenze zum Gazastreifen geräumt und zerstört, um dort eine Pufferzone zu errichten. Die Hamas kritisierte die ägyptische Aktion, Gaza werde dadurch zusätzlich isoliert.

ANGRIFF AUF STROMVERSORGUNG

Während der wöchentlichen Freitagsdemonstration des palästinensischen Dorfes Kafr Qadum, gegen die Beschlagnahme seines Landes und gegen die Sperrung der Zufahrtsstraße zum Dorf Ende August, sprühten israelische Soldaten Wasser auf den Transformator, der die Elektrizität zum Dorf leitet. Die Dorfbewohner mussten den Transformator daraufhin ersetzen. Das berichtete der israelische Friedensaktivist Amos Gwirtz. Eine Woche später beschädigten die IDF Soldaten den Transformator während der wöchentlichen Demonstration erneut. Wiederum mussten die Dorfbewohner einen neuen Transformator kaufen. In beiden Fällen blieb das Dorf für mehrere Stunden ohne Strom. Am 1. September beschädigte ein Siedler aus der naheliegenden völkerrechtswidrigen Siedlung Qedumim einen Elektromast, der Elektrizität durch die Siedlung leitet. Dadurch hatte das palästinensische Dorf Qadum für 13 Stunden keinen Strom.



FOTO // PRIVAT

Papst mit Olivenholzkreuz. aus Betlehem

UN-OCHA BEOBACHTET ANSTIEG BEI ABRISSEN

Die UN-OCHA hat in ihrem Bericht vom 7. September eine zunehmenden Zerstörung palästinensischer Häuser, Ställe etc. in der C-Zone im Westjordanland festgestellt. 2009 dokumentierte die UN-Organisation 190 Abrisse, 2010 waren es schon 353 und 2011 bereits 577. 2012, 2013 und 2014 blieben die Zahlen mit 524, 564 und 496 konstant. In diesem Jahr waren es bereits 384 Abrisse in den ersten sechs Monaten. Über 11 000 Abrissverordnungen gegen rund 13 000 palästinensische Bauten stehen derzeit noch an.

Die UN-Organisation nennt auch Israels Gründe für die Abrisse. Nach jordanischem Recht, das galt als die israelische Besatzungsmacht 1967 die Westbank eroberte, sind Abrisse eine legitime Zwangsmaßnahme. Und nach dem israelisch-palästinensischen Interims-Abkommen von 1995 muss die israelische Seite allen Bauplänen in der C-Zone zustimmen.

USA STREICHT ZUSCHÜSSE AN PALÄSTINENSER/INNEN

Die amerikanische Regierung streicht nach Angaben von al-Monitor 80 Millionen Dollar Hilfe an die Palästinensische Autonomieverwaltung. Statt 370 Millionen sollen nur noch 290 Millionen Dollar fließen. Begründet wird dies mit der wachsenden Kritik an palästinensischer Hetze.

VATIKAN HAT STAAT PALÄSTINA ANERKANNT

Der Vatikan hat im Mai den Staat Palästina anerkannt. Der Vertrag, so ein Bericht der KNA, nenne ausdrücklich den Wunsch nach einer Friedenslösung zwischen Israelis und Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung. Im zweiten Kapitel finden sich, wie der Vatikan im „Osservatore Romano“ mitteilte, detaillierte Aussagen zur Religions- und Gewissensfreiheit. Weiter geht es um das konkrete Leben der Kirche in den Palästinensergebieten, ihre Handlungsfreiheit, ihr Personal und ihre Rechtsstellung. Dann werden Fragen ihrer Gotteshäuser und der sonstigen Kultorte, einschließlich der Heiligen Stätten, behandelt. Das israelische Außenministerium sei enttäuscht über die offizielle Bezeichnung „Staat Palästina“, berichteten israelische Medien.

RENOVATION DER GEBURTSKIRCHE

Die Geburtskirche in Betlehem muss saniert werden. Über 20 Millionen Euro werden für das Gebäude aus dem 6. Jahrhundert benötigt.

www.nativityrestoration.ps

Geplante Zwangs-Ausbürgerung

3 00.200 Palästinenser/innen (37% der Jerusalemer Bevölkerung) leben nach Angaben der Menschenrechtsorganisation ACRI in Jerusalem. Nun hat die israelische Regierung angekündigt, einem Teil davon, jenem, der hinter der Mauer leben muss, den Aufenthaltsstatus zu entziehen. Über ein Viertel lebt hinter der Mauer. Diese Einwohner/innen werden bislang bereits bei städtischen Leistungen schwer vernachlässigt. Nun soll ihnen auch noch ihr Jerusalemer Status entzogen werden. 58% der Israelis würden einen solchen Schritt der israelischen Regierung befürworten, wie eine Umfrage des israelischen Midgam Instituts ergab. Palästinenser/innen in Jerusalem sind in der Regel keine Staatsbürger/innen, sondern haben, obwohl in Jerusalem geboren, nur ein ständiges Aufenthaltsrecht. Seit 1967 ist 14.416 Palästinenser/innen in Jerusalem der Aufenthaltsstatus entzogen worden. Drei Viertel der palästinensischen Einwohner Jerusalems und 84% der Kinder leben unter der Armutsgrenze.



Ausgangssperre in Jerusalem

BOYKOTT ZEIGT WIRKUNG

I m ersten Quartal 2015 sind israelische Importe in die Westbank und Gaza um 25% gefallen. Gleichzeitig stiegen Importe aus anderen Ländern um 22%. Die Weltbank schreibt das der zurückgehenden wirtschaftlichen Aktivität in Palästina zu, aber auch dem zunehmenden Trend, dass Palästinenser/innen israelische Produkte durch andere ersetzen. Israel kontrolliert den Warenverkehr von und in die Westbank und von und nach Gaza. 2013 verkaufte Israel für 3,4 Milliarden US-Dollar Waren, 2014 waren es noch 2,9 Milliarden US-Dollar, der Rückgang betrug somit fast ein Fünftel.

ZERSTÖRTES JOSEFSGRAB

P räsident Abbas hat die Zerstörung des Josefsgrabes in Nablus verurteilt. Er beauftragte eine Ermittlungskommission mit der Aufklärung und ordnete die Instandsetzung der heiligen Stätte an.

STIMMUNG GEKIPPT

Ü ber 50% der Palästinenserinnen und Palästinenser möchten keine Zwei-Staaten-Lösung mehr. Parallel dazu verloren die PLO und Abbas weiter an Ansehen. Fast zwei Drittel wünschen seinen Rücktritt. Mehr Pessimismus gibt es in Bezug auf eine diplomatische Lösung und auf eine Unterstützung durch die arabischen Länder. Bei Wahlen würden Hamas und Fatah jeweils 35% erhalten. Nach einer Meinungsumfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research im September sehen 42% der Befragten den bewaffneten Kampf als erfolgversprechendsten Weg, um einen Staat Palästina zu erreichen. Vor drei Monaten waren dies noch 36% gewesen. Nur noch 29% glauben an Verhandlungen.

Schwerpunkt: Jerusalem

Streit um den Haram ash-Sharif/Tempelberg

Den französischen Vorschlag, im Rahmen der Vereinten Nationen internationale Beobachter auf den Haram ash-Sharif („Das edle Heiligtum“)/Tempelberg zu entsenden, lehnt das israelische Kabinett ab. Er gefährdet laut Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die israelische Souveränität und „belohnt die Palästinenser für ihre Gewalt“ so Gilad Erdan, Minister für öffentliche Sicherheit. Israel sei auf dem Tempelberg „nicht das Problem, sondern die Lösung“. Schließlich zeige die Zerstörung kultureller und religiöser Stätten etwa in Palmyra, wozu „radikale Muslime“ fähig seien, so Netanjahu, der zugleich beteuerte, man wolle den Status quo auf dem Plateau keinesfalls verändern. Nach diesem übt die Hoheit auf dem Haram ash-Sharif ein jordanisch kontrollierter Waqf (islamische Stiftung) aus und Nicht-Muslim/innen dürfen das Gebiet zwar betreten, aber nicht dort beten.

Konflikte um den Tempelberg und Befürchtungen, der Status quo könne durch Israel verändert werden, haben immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen geführt, die sich jedes Mal schnell auch auf die Westbank und den Gazastreifen ausweiteten – die jüngsten begannen Mitte September/Anfang Oktober 2015. Auch die zweite Intifada wurde im September 2000 durch einen Besuch des damaligen israelischen Oppositionspolitikers Ariel Scharon auf dem Haram ash-Sharif ausgelöst. Einige Beobachter/innen schließen daraus, es handle sich um einen in erster Linie religiös motivierten Konflikt – Ziel sei es, Juden/Jüdinnen aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit zu treffen und gar zu töten. Vieles spricht gegen diese Interpretation und dafür, dass weiterhin der Nahostkonflikt als in erster Linie territoriale Auseinandersetzung im Vordergrund steht. Und dass die fortgesetzte und immer repressivere Besatzung, der nicht übersehbare Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft und die offensichtliche Unmöglichkeit, endlich das palästinensische Recht auf Staatlichkeit und Souveränität durchzusetzen, dazu führen, dass sich Wut und Verzweiflung immer wieder gewaltsam entladen. Dennoch ist die besondere Bedeutung des für Juden/Jüdinnen, Muslime/innen und Christen/Christinnen heiligen Areals nicht von der Hand zu weisen und es lohnt sich ein genauerer Blick sowohl auf die religiöse und historische als auch die politische Bedeutung des Haram ash-Sharifs.

HEILIGER ORT FÜR DREI RELIGIONEN

[] Der Haram ash-Sharif ist ein Hügel im südöstlichen Teil der Jerusalemer Altstadt, der sich ober-

halb des Kidrontales/Wadi al-Joz befindet. Gemäß der Bibel errichteten die Israeliten unter Salomo hier ab 957 v. Chr. den ersten Tempel, in dem sich das wichtigste Heiligtum des Judentums, genannt *Mischkan* („Gottes Heimstätte auf Erden“), befand. In diesem Allerheiligsten wurde nach jüdischer Überlieferung die *Bundeslade* aufbewahrt, die Salomos Vater König David nach Jerusalem gebracht haben soll und in der sich unter anderem die Zehn Gebote, die Moses von Gott erhalten habe, befunden haben sollen. Bis heute gilt diese *Bundeslade*, für deren Existenz es allerdings keinen archäologischen Nachweis gibt, im Judentum als Symbol für den Bund Gottes mit dem *Volk Israel*. Es war einzig dem Hohepriester vorbehalten, einmal im Jahr das Allerheiligste zu begehen – orthodoxe Juden betreten den Tempelberg nicht, könnten sie doch mangels genauer Lokalisierung des Allerheiligsten dieses ungewollt entweihen. Nachdem er Jerusalem erobert hatte, ließ Nebukadnezar II. den Tempel im Jahre 586 v. Chr. zerstören. Er wurde von den Juden nach ihrer Rückkehr aus dem babylonischen Exil wieder aufgebaut und 516 v. Chr. fertiggestellt. Die Römer unter Titus zerstörten diesen zweiten Tempel im Jahre 70 n. Chr. und seither sehnen sich Juden/Jüdinnen danach, den Tempel wieder zu errichten, woraufhin messianische Zeiten anbrechen sollen. An der verbliebenen Westmauer des zweiten jüdischen Tempels (Klagemauer) beten Juden/Jüdinnen und hinterlassen Gebetszettel in den Spalten der Mauer. Nach talmudischer Überlieferung soll Gott auf dem späteren Tempelberg zudem die Erde entnommen haben, aus der er Adam formte. Auch soll dies nach jüdischer und christlicher Überzeugung der Ort gewesen sein, an dem

Abraham seinen Sohn Isaak auf Gottes Geheiß beinahe geopfert hätte – unter Muslimen/innen herrscht die Überzeugung vor, dass Abraham nicht Isaak, sondern dessen Halbbruder Ismael opfern sollte und sich dies in Mekka zugetragen habe. Für das Christentum ist das Areal darüber hinaus eng mit Jesus verbunden, dessen Schicksal sich laut der Überlieferung im Tempelbereich entschieden haben soll.

Für den Islam stellt der Haram ash-Sharif die drittheiligste Stätte nach Mekka und Medina dar. Die im Koran erwähnte nächtliche Reise des Propheten Muhammad soll sich von Mekka nach Jerusalem vollzogen und seine Himmelsreise von Jerusalem aus ihren Ausgang genommen haben. Der Prophet des Islam ist demnach in Begleitung Gabriels bis in den siebten Himmel aufgestiegen und hat dort die göttliche Offenbarung empfangen und die Pflicht zu fünf täglichen Gebeten auferlegt bekommen. Zudem habe er die wichtigsten Propheten, u.a. Abraham, Moses und Jesus getroffen. In der islamischen Theologie ist umstritten, ob Muhammads Körper oder allein sein Geist die Himmelsreise unternommen hat. Darüber hinaus war die erste Gebetsrichtung (*qibla*) im Islam in Richtung Jerusalem – bis Muhammad diese nach seinem Auszug von Mekka nach Medina in Richtung der Kaaba in Mekka änderte. Nach der islamischen Eroberung Jerusalems bauten die Umayyaden zwischen 687 und 691 den Felsendom, der heute wohl das bekannteste Wahrzeichen der Stadt darstellt. Möglicherweise ist er genau über dem Felsen errichtet worden, auf dem sich das jüdische Allerheiligste befunden haben soll. Einige Jahre nach dem Felsendom wurde die al-Aqsa-Moschee erbaut. Nachdem die Kreuzfahrer den gesamten Haram ash-Sharif während der Bela-

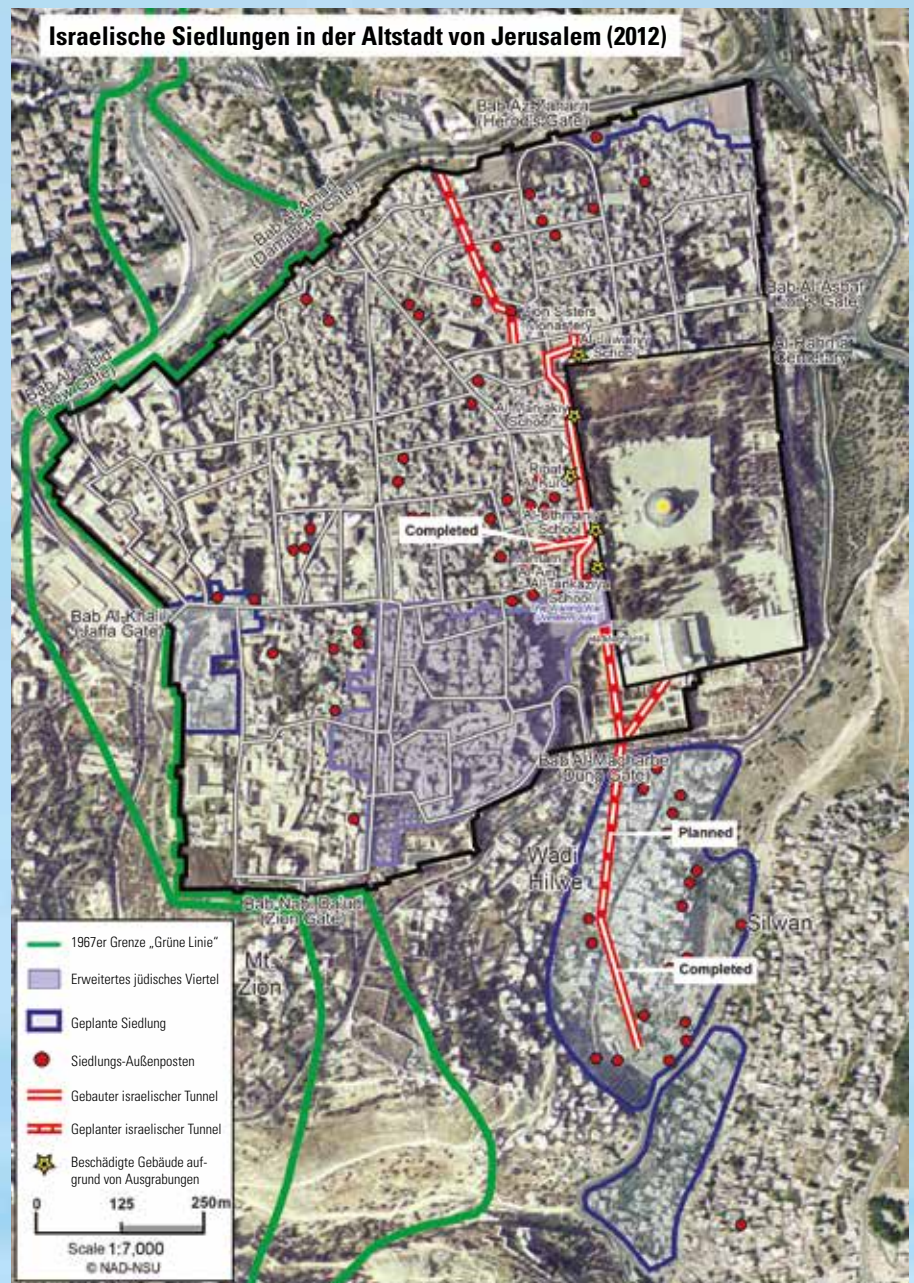


gerung Jerusalems (1099) bis zu ihrer Niederlage in der Schlacht von Hattin (1187) unter ihrer Kontrolle hatten und in der Aqsa-Moschee den Hauptsitz des Templerordens installierten, war das Plateau seit der Rückeroberung durch Salah ad-Din (Saladin) 1187 wieder unter muslimischer Kontrolle.

UNSICHERER STATUS QUO

■ Mit jordanischer, ägyptischer und saudi-arabischer Unterstützung wurden die im Krieg von 1948 teilweise zerstörten Bauten auf dem Haram ash-Sharif wieder aufgebaut. Bis zur israelischen Besetzung und Annexion im Sechs-Tage-Krieg von 1967 befanden sich das arabisch dominierte Ostjerusalem und die Altstadt inklusive des Haram ash-Sharifs unter jordanischer Kontrolle. Nach der Annexion wurde ein gesamtes arabisches Viertel zerstört und seine Bewohner/innen vertrieben, um den Zugang zur Klagemauer zu ermöglichen. Der Tempelberg hingegen blieb in Folge eines Dekrets des damaligen israelischen Verteidigungsministers Moshe Dayan, das im selben Jahr von der israelischen Regierung bestätigt wurde, unter (jordanischer) Kontrolle des *Waqf*. Angehörige anderer Religionen durften das Areal folglich zwar besuchen, nicht aber dort beten. Im Gegenzug allerdings übernahm Israel die Kontrolle über den Zugang für Nicht-Muslimen/innen durch das Maghariba-Tor und legte damit den Grundstein für eine spätere Kontrolle über den Tempelberg.

Seit etwa einem Jahrzehnt wird der Status quo zunehmend durch die radikale Tempel-Bewegung, die sich über steten Zuwachs auch unter Politiker/innen, die selbst oder deren Parteien an der Regierung Netanjahu beteiligt sind, freuen darf, in Frage gestellt. Jüngst hat die israelische Vize-Außenministerin Tsipi Hotovely erklärt, sie träume davon, „die israelische Fahne auf dem Tempelberg wehen zu sehen“ – er sei „das Zentrum der israelischen Souveränität in Israels Hauptstadt [...]“. Zwar piff Netanjahu sie zurück und sorgte dafür, dass sie ihr Statement als persönliche Meinungsäußerung bezeichnete. Dazu geeignet, die Situation massiv anzuheizen sind solche Bekundungen aber allemal. Die Nationalreligiösen sträuben sich gegen das Verbot des Oberrabbinats, den Tempelberg zu begehen, der nach Überzeugung der Rabbiner andernfalls entweiht werden könnte und erst nach Ankunft des Messias betreten werden soll. Sie fordern von ihrer Regierung die Erlaubnis, dort zu beten und gar eine Synagoge zu errichten. Schon 1967 hatte dies der damalige höchste israelische Militärrabbiner Schlomo Goren gefordert. Er drängte zudem darauf, Felsendom und al-Aqsa-Moschee zu sprengen und behauptete, er



wisse genau, wo sich das Allerheiligste befände und darum dürften Juden fortan den Tempelberg betreten. Im März 2013 gewann der radikale, aus den USA stammende Rabbiner Yehuda Glick gar vor dem Jerusalemer Amtsgericht seine Klage gegen ein von der israelischen Polizei gegen ihn durchgesetztes Verbot, den Tempelberg zu besuchen, weil er dort gebetet hatte. Das Oberste Gericht Israels hatte zuvor ebenfalls mehrfach geurteilt, Juden sollten grundsätzlich Gebetsrechte auf dem Tempelberg zugestanden werden. Sicherheitsfragen müssten aber ebenfalls in konkrete Entscheidungen darüber einbezogen werden.

NATIONALRELIGIÖSE MACHEN DRUCK

■ Archäologische Projekte und Ausgrabungen tragen ebenfalls zur explosiven Stimmung um den Haram ash-Sharif bei, sollen sie doch zumeist die eigene Verwurzelung im Land untermauern und die der anderen Seite unterminieren. So wurde dem *Waqf* von israelischer Seite vorgeworfen, Mitte der 1990er Jahre tonnenweise Zeugnisse der israelitischen Geschichte entsorgt zu haben, um den jüdischen religiösen Anspruch zu schwächen. Zudem sollen illegale Ausgrabungen die Stabilität unter anderem der Klagemauer gefährdet haben. Andersherum löste die Grabung eines 1996



eröffneten Tunnels an der gesamten Westmauer entlang und teilweise auch unter dem Haram ash-Sharif massive Proteste auf Seiten der Palästinenser/innen aus.

Als zum jüdischen Neujahrsfest Mitte September 2015 und zum Laubhüttenfest Ende September hunderte Juden/Jüdinnen auf den Tempelberg gelassen wurden, der muslimische Zugang während des islamischen Opferfests aber beschränkt wurde und zudem der israelische Landwirtschaftsminister Uri Ariel demonstrativ das Plateau besuchte, entlud sich die Wut vieler Palästinenser/innen, die eine weitere Beschneidung ihrer Rechte fürchteten. Die israelische Polizei hatte schon 2003 unilateral und ohne Rücksprache mit dem *Waqf* den Zugang zum Tempelberg für Nicht-Muslimen/innen freigegeben, nachdem dies seit Beginn der zweiten Intifada im September 2000 verboten gewesen war. Die massive Präsenz israelischer Sicherheitskräfte um das Areal und die regelmäßigen Einschränkungen des Zugangs für Muslime/innen aus „Sicherheitsgründen“ bei gleichzeitigen Sondergenehmigungen für nationalreligiöse Juden/Jüdinnen nähren die Ängste der Palästinenser/innen. Ob Zusicherungen Netanjahus, nichts am Status quo ändern zu wollen, die Lage beruhigen können, ist sehr fraglich. Die angekündigte Installation von Videokameras auf dem Areal, auf die sich der jordanische König und Benjamin Netanjahu geeinigt haben, stellt alles andere als eine Garantie zur Beruhigung der Lage dar und ist überdies kein Novum. Kameras überwachen seit langem den Haram ash-Sharif. Das Vertrauen der Palästinenser/innen in diejenigen auf israelischer, jordanischer und auch palästinensischer Seite, die diese Kameras und die entstandenen Aufnahmen verwalten und kontrollieren werden, ist darüber hinaus – um es freundlich zu sagen – begrenzt.

Vor allem aber ist die Sorge um den Status quo auf dem heiligen Areal keinesfalls trennbar von der israelischen Besatzungspolitik. Damit ist sie nicht trennbar von den massiven Versuchen, insbesondere die palästinensische Bevölkerung Jerusalems zu vertreiben sowie von der israelischen Politik des fortgesetzten und intensivierten Siedlungsbaus, der Enteignung, Unterdrückung und Gewalt gegen die palästinensische Zivilgesellschaft im gesamten Land, die für die eigenen politischen Eliten nach Überzeugung vieler Palästinenser/innen nicht nur unverhinderbar ist, sondern der gegenüber diese auch zu wenig Widerstand leisten. Am Ende stehen ein weiteres Mal Perspektivlosigkeit, Verzweiflung und Wut, die sich ihren Weg bahnen. Es geht dabei nicht „nur“ um einen religiösen Ort, sondern um eine Auseinandersetzung, die in ihrem Kern und in allererster Linie eine territoriale ist – und eine um die jahrzehntelange Vorenthaltung elementarster Rechte der Palästinenser/innen.

WIEBKE DIEHL, ISLAMWISSENSCHAFTLERIN

▪ 964–926 v. Chr.

Regierungszeit von König Salomo, dem Sohn Davids. Er baut den Ersten Tempel von Jerusalem. Nach Salomos Tod zerfällt sein Reich in das Nordreich Israel, mit Sichem und ab 880 Samaria als Hauptstadt, und das Südreich Juda mit Jerusalem als Hauptstadt.

▪ 597 v. Chr.

Nebukadnezar aus Babylon erobert Jerusalem; 586 zerstört er es einschließlich des Tempels. Ein Großteil der Bevölkerung zieht in die Babylonische Gefangenschaft.

▪ 539 v. Chr.

Der Perserkönig Kyros (559–530) macht nach der Unterwerfung des Neubabylonischen Reiches Palästina zu einer persischen Provinz. Die Juden kehren nach fast 50-jähriger Gefangenschaft zurück. Von 520 bis 515 wird in Jerusalem der Zweite Tempel gebaut.

▪ 332 v. Chr.

Nach dem Zerfall des Persischen Reiches kommt Palästina unter die Herrschaft Alexander des Großen, nach seinem Tod 323 an die in Ägypten residierenden Ptolemäer.

▪ Um 198 v. Chr.

Eroberung Jerusalems durch die hellenistischen Seleukiden.

▪ 166–164 v. Chr.

Rom unterstützt den Aufstand der jüdischen Hasmonäer (Makkabäer) gegen die Seleukidenherrschaft.

▪ 63 v. Chr.

Absetzung des letzten Seleukidenherrschers durch den römischen Feldherrn Pompeius. Palästina wird zur römischen Provinz.

▪ 40–4 v. Chr.

König Herodes der Große regiert mit Unterstützung Roms über ganz Palästina. Er erneuert den Tempel von Jerusalem.

▪ 70

Einnahme Jerusalems und Zerstörung des Zweiten Tempels durch Titus.

▪ 395

Mit der Teilung des Römischen Reiches kommt Jerusalem zum Oströmischen Reich (Beginn der byzantinischen Epoche).

▪ Um 443

Beginn der jüdischen Wiederansiedlung in Jerusalem.

▪ 614

Der Perserkönig Chosrau II. erobert Jerusalem.

▪ 629

Wiederherstellung der byzantinischen Herrschaft und erneute Vertreibung der Juden.

▪ 638

Unblutige Einnahme Jerusalems durch Kalif Omar. Grundsteinlegung zum Bau der Al-Aqsa-Moschee.

▪ 691

Fertigstellung des Felsendoms unter Kalif Abd el-Malik.

▪ 969

Eroberung Palästinas durch das in Kairo residierende Gegenkalifat der schiitischen Fatimiden.

▪ 1070–1085

Die türkischen Seldschuken erobern Jerusalem und große Teile von Palästina.

▪ 1099

Im ersten Kreuzzug (1096–1099) erobern die Kreuzfahrer Jerusalem. Es kommt zu einem Blutbad unter den muslimischen und jüdischen Einwohnern. Die Kreuzfahrer gründen das christliche Königreich Jerusalem.

▪ 1187

Salah ad-Din (Saladin), der Sultan von Ägypten, besiegt die Kreuzfahrer bei Hattin und erobert Jerusalem.

▪ 1228–1229

Im fünften Kreuzzug unter Kaiser Friedrich II. werden Jerusalem und Betlehem dem christlichen Küstenstreifen angeschlossen.

▪ 1244

Die khwarismischen Türken (Tataren) erobern Jerusalem. Dies bedeutet das Ende des christlichen Königreiches Jerusalem.

▪ 1248–1254

Während des sechsten Kreuzzugs erobern die in Ägypten zur Macht gekommenen Mamelucken Palästina.

▪ 1516

Der türkische Sultan Selim I. erobert Syrien und Palästina. Diese Gebiete bleiben bis 1917 Teil des Osmanischen Reiches.

ZUSAMMENSTELLUNG: NAHOSTARCHIV DES PALMYRA VERLAGS

DAS ARCHIV UMFASST NEBEN EINER UMFANGREICHEN PRÄSENZBIBLIOTHEK EIN EIGENES FOTO- UND VIDEOARCHIV. FOLGENDE SERVICELEISTUNGEN BIETET DAS ARCHIV AN: AUSWERTUNG WICHTIGER IN- UND AUSLÄNDISCHER ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN / ARTIKELSERVICE / ALLGEMEINE RECHERCHEDIENSTE / ZUSAMMENSTELLUNG VON THEMEN-DOSSIERS UND ADRESSDA TEIEN / BIBLIOGRAPHISCHER SERVICE / ERSTELLUNG VON LITERATURLISTEN / INTERNETPRÄSENZ / VERMITTLUNG NATIONALER UND INTERNATIONALER NAHOSTKONTAKTE (AUCH IN ISRAEL UND PALÄSTINA) IN DEN BEREICHEN POLITIK, KULTUR UND MEDIEN. KONTAKT: PALMYRA VERLAG · HAUPTSTRASSE 64 · 69117 HEIDELBERG · TELEFON 06221/165409 · PALMYRA-VERLAG@T-ONLINE.DE

HINTERGRUND

„Der letzte Tag der Besetzung wird der erste Tag des Friedens sein.“

FOTO // BDALIM

MARWAN BARGHUTI SCHREIBT AUS DEM GEFÄNGNIS



Die gegenwärtige Eskalation der Gewalt hat nicht mit der Tötung von zwei jüdischen Siedlern begonnen. Sie begann schon lange zuvor und hat sich seit Jahren fortgesetzt. Jeden Tag geht der Siedlungsbau weiter, wird die Belagerung gegen unser Volk im Gazastreifen fortgesetzt, hält Unterdrückung und Erniedrigung an. Obwohl viele heute wollen, dass wir von den potenziellen Folgen einer neuen Spirale der Gewalt überwältigt werden, plädiere ich, wie ich es schon 2002 getan habe, dafür, dass man sich mit den Ursachen befasst, der Verweigerung der Freiheit für die Palästinenser.

Einige haben behauptet, dass der Grund, warum ein Friedensabkommen nicht erreicht werden konnte, der fehlende Wille des verstorbenen Präsidenten Jassir Arafat oder die Unfähigkeit von Präsident Mahmud Abbas war, aber beide waren bereit und in der Lage, ein Friedensabkommen zu unterzeichnen. Das wahre Problem ist, dass Israel sich für die Besetzung statt für den Frieden entschieden und die Verhandlungen als einen Rauchvorhang benutzt hat, um sein koloniales Vorhaben voranzubringen. Jede Regierung der Welt kennt diese einfache Tatsache, und doch behaupten so viele von ihnen, dass die Rückkehr zu den fehlgeschlagenen Rezepten der Vergangenheit uns erlauben würde, Freiheit und Frieden zu erreichen. Es ist sinnlos, das Gleiche immer noch einmal zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Es kann keine Verhandlungen geben ohne eine klare israelische Verpflichtung, sich vollständig aus dem palästinensischen Territorium zurückzuziehen, das es 1967 besetzt hat, einschließlich Ost-Jerusalem, ohne eine vollständige Beendigung aller Siedlungspolitik, ohne die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes einschließlich des Rechtes auf Selbstbestimmung und auf Rückkehr, ohne die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen. Wir können nicht koexistieren mit der Besetzung und wir werden nicht vor ihr kapitulieren.

Wir wurden aufgefordert, geduldig zu sein und wir sind es gewesen, indem wir dem Abschluss eines Friedensabkommens eine Chance nach der anderen gaben. Es ist vielleicht nützlich, die Welt daran zu erinnern, dass unsere Enteignung, unser erzwungenes Exil und unser Wechsel der Aufenthaltsorte sowie die Unterdrückung, die wir erlitten haben, nun schon fast siebenzig Jahre andauert haben. Wir sind der einzige seit ihrer Gründung noch immer auf der Tagesordnung stehende Punkt der Vereinten Nationen. **Man hat uns gesagt, wenn wir friedliche Mittel benutzen und im diplomatischen und politischen Rahmen**

blieben, würde uns das die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft einbringen, der Besetzung ein Ende zu machen. Und doch verfehlte es diese internationale Gemeinschaft, wie schon 1999 beim Ende der Interimsperiode, erneut, irgendwelche bedeutsamen Schritte zu unternehmen, weder einen internationalen Rahmen zur Verwirklichung des Völkerrechts und der UNO-Resolutionen zu schaffen noch Maßnahmen zu ergreifen, um der Straflosigkeit ein Ende zu machen, einschließlich Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen, wie sie eine entscheidende Rolle gespielt haben, um die Welt vom Apartheid-Regime zu befreien.

Was wird also angesichts des Fehlens einer internationalen Aktion zur Beendigung der Besetzung und der Straflosigkeit oder auch nur eines internationalen Schutzes von uns verlangt? Stillzuhalten und darauf zu warten, dass die nächste palästinensische Familie verbrannt, dass das nächste palästinensische Kind getötet oder verhaftet, dass die nächste Siedlung gebaut wird? Die ganze Welt weiß, dass Jerusalem die Flamme ist, die den Frieden anregen oder den Krieg auslösen kann. Warum also bleibt die Welt untätig, während die israelischen Angriffe gegen das palästinensische Volk in der Stadt und an den moslemischen und christlichen heiligen Stätten, speziell im Haram ash-Sharif (Israel. Bezeichnung: Tempelberg), unvermindert weitergehen? Die israelischen Taten und Verbrechen zerstören nicht nur die Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 und verletzen das Völkerrecht, sie drohen, einen lösbaren politischen Konflikt in einen niemals endenden Religionskrieg zu verwandeln, der die Stabilität in einer Region unterminieren wird, die bereits Erfahrung mit beispiellosen Erschütterungen hat.

Kein Volk der Erde würde akzeptieren, mit der Unterdrückung zu koexistieren. Naturgemäß streben die Menschen nach Freiheit, kämpfen für die Freiheit, opfern sich für die Freiheit. Und die Freiheit des palästinensischen Volkes ist seit langem überfällig. Während der ersten Intifada hat die

israelische Regierung eine Politik des „Breche ihre Knochen, um ihren Willen zu brechen“ gestartet, aber Generation für Generation hat das palästinensische Volk bewiesen, dass sein Wille nicht gebrochen werden kann und nicht getestet werden muss.

Diese neue palästinensische Generation hat nicht auf Versöhnungsgespräche gewartet, um eine nationale Einheit zu verkörpern, die zu verwirklichen die politischen Parteien verfehlt haben, sondern hat die politischen Spaltungen und die geographische Zersplitterung hinter sich gelassen. Sie hat nicht auf Instruktionen gewartet, um ihr Recht und sogar ihre Pflicht hochzuhalten, der Besetzung Widerstand zu leisten. Sie tut es ohne (Schuss)Waffen, obwohl sie mit einer der stärksten militärischen Mächte der Welt konfrontiert ist. Und doch bleiben wir überzeugt, dass Freiheit und Würde triumphieren und wir siegen werden. Die palästinensische Fahne, die wir mit Stolz bei der UNO gehisst haben, wird eines Tages über den Mauern der Altstadt von Jerusalem wehen als Signal unserer Unabhängigkeit.

Ich habe mich dem Kampf für die palästinensische Unabhängigkeit vor vierzig Jahren angeschlossen und wurde zum ersten Mal mit 15 Jahren verhaftet. Dies hat mich nicht gehindert, für einen Frieden in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den Resolutionen der UNO zu plädieren. Aber Israel, die Besatzungsmacht, hat diese Perspektive Jahr für Jahr systematisch zerstört. Ich habe zwanzig Jahre meines Lebens in israelischen Kernern verbracht, einschließlich der dreizehn letzten Jahre, und diese Jahre haben mich in dieser unänderlichen Wahrheit nur bestärkt: der letzte Tag der Besetzung wird der erste Tag des Friedens sein. Diejenigen, die letzteren verwirklichen wollen, müssen handeln, und handeln jetzt, um ersteren zu beschleunigen.

MARWAN BARGHUTI,

FATAH-POLITIKER, GEFÄNGNIS HADARIM, ZELLE 28
ÜBERSETZUNG: GEORG POLIKEIT

KOMMENTARE

PALÄSTINENSISCHE LEBEN SIND WICHTIG

Eine neue Welle politischer Unruhe ist da. In den letzten fünf Wochen sind mehr als vierzig junge Menschen aus Palästina getötet und über 1100 verletzt worden. Das sind nicht einfach Zahlen, vielmehr sind es junge Menschen mit Gesichtern, mit Namen und Träumen. Und doch, als ob ihre Leben keine Bedeutung hätten, lockern die Israelis ihre ohnehin bereits losen Gesetze über Waffengebrauch mit der klaren Botschaft: schießt um zu töten. Für die israelische Regierung sind diese jungen Palästinenser Rebellen, die es nicht verdienen zu leben. Es muss ihnen eine Lektion erteilt werden. Um noch Salz in die Wunde zu streuen, hört man die Politiker des Westens von Israels Recht zur Selbstverteidigung sprechen, und schamlos stehen sie zu Israel. So sind diesen internationalen Akteuren denn die Leben von Palästinensern wertlos, während das Leben eines Israelis ach so kostbar ist. Dieses Denkmuster erinnert uns daran, wie die Welt das Leben schwarzer Menschen unter der Apartheid sah und wie Rassismus gegen Schwarze in so vielen Ländern rund um die Erde spürbar ist. Dasselbe gilt für autochthone Völker und die unterdrückten. Das Gefährlichste aber ist, wenn junge Menschen aus diesen unterdrückten Gruppen so weit getrieben werden, dass sie beginnen, ein Leben nach dem Tod zu suchen, aber nicht mehr an ein lebenswertes Leben vor dem Tod glauben.

An diesem Punkt haben wir drei Botschaften mitzuteilen.

Die erste Botschaft richtet sich an unsere jüdisch-israelischen Nachbarn. Die Geschichte der Makkabäer, der sogenannten ersten jüdischen Revolte und die von Bar Kochba lehrt uns, dass so lange es Besatzung gibt, es Aufstände geben wird. Wieder und immer wieder werden junge Menschen aufstehen und ihre Freiheit fordern und das ist ihr Recht. Die Besatzung muss enden, um unserer Willen und um eurer Willen. Genügend Leben sind vergeudet worden.

Die zweite Botschaft geht an die internationale Gemeinschaft: Ohne Gerechtigkeit für Palästina wird es keinen Frieden für Israel geben. Wenn wir nicht anfangen, das Leben von Palästinensern als ebenso wichtig anzusehen wie das Leben von Israelis, wird das Blutvergießen weitergehen. Palästinensische Leben sind wichtig.

Die dritte Botschaft ist für unsere palästinensischen jungen Leute: Die Frage ist nicht, ob wir Widerstand leisten sollten oder nicht, sondern die wichtigste Frage ist, wie wir Widerstand leisten und wie wir kreativ Widerstand leisten. Wir wollen nicht, dass ihr für Palästina sterbt, sondern dass ihr für Palästina lebt. Durch euer Leben könnt ihr mehr zur Zukunft Palästinas beitragen. Wir wollen, dass ihr an euren Träumen festhaltet, selbst wenn die Besatzung euch diese Träume stehlen will und wenn die ganze Welt eure Rechte missachtet. Die hartherzige Verweigerung eures Lebens und eurer Würde sollte euch als Antrieb dienen, am Leben fest zu halten und niemandem zu erlauben, es zu vergeuden. Eure Leben haben Bedeutung für Gott, für uns, für die Gemeinschaft und für diejenigen, die Gerechtigkeit in dieser Welt lieben. Euer kreativer Widerstand wird am Ende Palästina befreien und dann werdet ihr, werden eure Familien und alle Palästinenser das Leben in seiner Fülle genießen.

PFARRER DR. MITRI RAHEB, BETLEHEM
ÜBERSETZUNG: GISELA SIEBOURG

JUGEND-INTIFADA

Eüberall in besetzten Palästina, in Jerusalem und sogar in den arabischen Städten im Kernland Israels protestieren palästinensische Jugendliche gegen Besatzung, Unterdrückung, Landraub, Vertreibung, Isolierung und Apartheid. Dieser Jugendaufstand (al Lahba/die Flamme) vollzieht sich jedoch nur an den Checkpoints und in Auseinandersetzung mit dem israelischen Militär. Er betrifft kaum, wie seine Vorgänger, die Wirtschaft in Israel, weil es dort kaum noch palästinensische Arbeiter gibt.

Er verläuft wie die Erste Intifada fast spontan und ohne Führung. Die palästinensische Jugend unternimmt etwas, wozu ihre Führung kaum in der Lage ist. Sie lehnt jegliche Abmachung mit Israel ab. Sie identifiziert sich ganz mit den Zielen und Mitteln der ersten Intifada, die einst Geschichte geschrieben hat.

Die Osloer Verträge, unter denen die Palästinenser leiden und von denen Israel die Legitimation zur weiteren Annexion ableitet, sind in diesen Tagen Gegenstand fast aller Gespräche. Seit 2002 vollzieht Israel einseitige Maßnahmen: Bau der Isolierungsmauer, Blockade von Gaza, Vertreibung der Palästinenser aus der C-Zone und missachtet die internationalen Vereinbarungen. Die Jugend protestiert heftig dagegen und ruft zunehmend zum Boykott gegen israelische Waren auf.

Viele perspektivlose junge Palästinenser, durchaus politisch denkend, aber nicht parteipolitisch gebunden, erkennen, dass auch unschuldige Palästinenser verhaftet oder gar erschossen werden. So folgern einige daraus, lieber aktiv und würdevoll zu sterben, als tatenlos zuzusehen und dennoch erschossen zu werden. Eine fatale Situation. Die verzweifelte Bitte der Älteren „nicht für das Vaterland zu sterben, sondern für das Vaterland zu leben“ kommt nicht mehr an.

22 Jahre sind seit den Verträgen von Oslo vergangen, endlose Verhandlungen und viele Versprechungen. Die protestierenden Jugendlichen, kaum älter als 22, kennen nur noch Frust, Unzufriedenheit und Missachtung. Ihre Proteste sind nicht nur gegen die Übermacht der Besatzung, sondern auch gegen die Ohnmacht der eigenen Führung gerichtet. Die an das palästinensische Volk gerichtete Rede von Präsident Abbas hat die Jugendlichen nicht erreicht, geschweige denn sie eingenommen.

Der erste Funke dieser Intifada kam aus Jerusalem, von dem von jüdischen Nationalreligiösen immer wieder heimgesuchten muslimisch verwalteten Harem ash-Sharif/Tempelberg, die damit Provokationen auslösten. Der Tempelberg ist mittlerweile zum politischen Symbol des Widerstandes geworden. Diesen Widerstand sollte man Intifada nennen.

NAZIH MUSHARBASH
DPG-VORSTAND

Deutsche und EU-Nahostpolitik



ISRAEL GEGEN GEPLANTE EU-KENNZEICHNUNG VON SIEDLUNGSPRODUKTEN

■ Das israelische Außenministerium will die Durchsetzung der geplanten Kennzeichnung von Produkten aus den Siedlungen in den israelisch besetzten Gebieten Golan und Westjordanland einschließlich Ostjerusalem verhindern. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hatte Richtlinien für die Kennzeichnungspflicht von Produkten aus völkerrechtswidrigen Siedlungen in der EU angekündigt. Nach Angaben des Alternative Information Center (AIC) setzt die israelische Regierung nun auf direkte Lobbygespräche bei einzelnen EU-Regierungen, die sich nicht der Direktive von Brüssel unterwerfen wollen, damit diese die Richtlinien in ihren jeweiligen Ländern nicht umsetzen.

BRITISCHE REGIERUNG WILL BDS STOPPEN

■ Die konservative britische Regierung will Räten auf lokaler Ebene verbieten, im Rahmen des ethischen Investments auf Investitionen in Unternehmen, die von der israelischen Besatzung profitieren oder die Rüstungsfirmen sind, zu verzichten. Das berichten britische Menschenrechtsgruppen. Der Minister für Kommunen und lokale Verwaltungen Greg Clark begründet das geplante Gesetz unter anderem damit, dass Auseinandersetzungen über solche Entscheidungen auf lokaler Ebene die guten Beziehungen in den Gemeinden vergiften würden. Außerdem würde die wirtschaftliche Sicherheit der Familien gefährdet, weil dadurch die lokalen Steuern steigen müssten.

KANZLERIN MERKEL STELLT SICH HINTER EU-BESCHLUSS

■ Die israelische Zeitung „Yedioth Ahronoth“ hat in einem Interview Bundeskanzlerin Angela Merkel gefragt, ob es Anti-„Israelboykott“-Gesetze auch in Deutschland und in der EU geben sollte. In ihrer Antwort stellte sich Merkel hinter die EU-Position: „In Handelsfragen ist es die Europäische Union, die oft die Richtung vorgibt. Wollen wir etwas ändern, brauchen wir dafür Mehrheiten. So gibt es auf EU-Ebene im Rahmen des Verbraucherschutzes Beschlüsse, die eine Kennzeichnung von Produkten aus bestimmten Gebieten fordern. Mit Boykott hat dies aber nichts zu tun. Von Boykottaufrufen halte ich auch grundsätzlich nichts.“

Die Bundeskanzlerin sprach von den gemeinsamen Werten, die Deutschland und Israel in der Welt vertreten – Freiheit, Demokratie und die Würde jedes einzelnen Menschen. Sie sehe Gemeinsamkeiten in vielen Projekten und auch in der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik. Ihre Aussage, die Sicherheit Israels sei für sie als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar, beziehe sich auf ein ganz grundsätzliches Eintreten für die Sicherheit Israels. Kein Bereich sei ausgenommen.

„Wir sind schlichtweg nicht neutral.“

Sie arbeite dafür, um auch die nachwachsenden jüngeren Generationen mit diesem Verständnis vertraut zu machen.



Kennzeichnung von israelischen Siedlungsprodukten in einem Schweizer Migros-Markt.

MARTIN SCHULZ ERHÄLT NAHOST-PREIS

■ Für seine Bemühungen um Verständigung und Frieden im Nahen Osten hat die Deutsche Initiative für den Nahen Osten (DINO) den Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz (SPD), mit dem Nahost-Preis ausgezeichnet. „Frieden im Nahen Osten ist nur möglich, wenn die Mutter aller Konflikte, die Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern, gelöst wird und beide Völker in zwei Staaten oder in einem Staatenbund zusammenleben“, sagte Schulz in seiner Dankesrede bei der Preisverleihung in Düsseldorf. Der Europapolitiker zeigte sich besorgt, dass die Gewalt in Israel eskaliert. „Sie ist unkontrollierbar geworden, weil sowohl der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu als auch Palästinenserführer Mahmud Abbas nur noch wenig Einfluss auf die Bevölkerung haben“, sagte Schulz.

SANKTIONEN GEGEN ISRAEL ERFORDERLICH

■ Die EU sieht Sanktionen gegen Israel angesichts der systematischen jüdischen Besiedlung in sensiblen Gebieten in Jerusalem als erforderlich an. Dies geht aus einem nach Netanjahus Ablehnung einer Zwei-Staaten-Lösung durchgesickerten EU-Missionsbericht hervor, über den die Zeitung „The Guardian“ berichtet hat.

Die Spannungen, die damit verbunden seien, hätten ein extrem hohes Level erreicht, heißt es in dem EU-Bericht. Sie würden eine Zwei-Staaten-Lösung bedrohen. Sicherheitskräfte hätten angesichts der Gewalt im Jahr 2014 über 1300 junge Palästinenser verhaftet, davon 40% Minderjährige. Der EU-Report beschreibt, dass nahezu täglich Siedler und Nationalreligiöse unter dem Schutz von israelischen Soldaten den Tempelberg besuchen, der muslimisch verwaltet ist.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen zählen die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten, damit Konsumenten/Konsumentinnen eine informierte Entscheidung treffen können, neue Restriktionen gegenüber Siedlern, die gewalttätig geworden sind und die zu Gewalttaten aufgerufen haben, mehr Bewusstseinsbildung in der EU und bei Unternehmen über die Risiken bei Geschäften außerhalb der 67er Grenze und freiwillige Richtlinien für EU-Reiseunternehmen, wie diese eine Unterstützung von Geschäften mit Siedlungen vermeiden können.

GRAFIK // URSULA BEHR

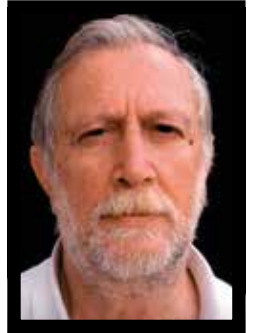


Besatzung schmeckt bitter, pax christi Aktion zur Kennzeichnung von Siedlungsprodukten

Schwerpunkt: Jerusalem

„Die Verträge von Oslo brachten nur Nachteile für die palästinensische Bevölkerung in Jerusalem.“

INTERVIEW MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN KÜNSTLER SLIMAN MANSOUR



Der berühmte palästinensische Künstler Sliman Mansour lebt in Jerusalem. Der 1947 geborene Maler hat zusammen mit Künstlerkollegen wie Tayseer Barakat, Vera Tamari und Nabil Anani die Gruppe „Neue Visionen“ gebildet. Bewusst verzichtete diese Gruppe auf israelisches Mal-Material und nutzte Erde und andere Stoffe aus Palästina für ihre Bilder. Mansours Blick auf die derzeitige Entwicklung Jerusalems hat Nazih Musharbash für das Palästina-Journal in einem Interview mit ihm in Jerusalem festgehalten.

IHR VERMUTLICH BEKANNTES BILD ZEIGT JERUSALEM, DAS EIN PALÄSTINENSISCHER BAUER ALS SCHWERE LAST AUF SEINEM RÜCKEN TRÄGT. WOHIN BEWEGT SICH JERUSALEM?

Sliman Mansour: Seit gut zwanzig Jahren wird unsere Bevölkerung in Jerusalem durch einen nicht ausgesprochenen Krieg bedroht. Ost-Jerusalem ist gänzlich von den arabischen palästinensischen Gebieten durch die Mauer getrennt. Die Isolierung verfolgt das Ziel, Ost-Jerusalem zu judaisieren. Das Leben der Palästinenser wird in der eigenen Stadt durch die israelischen Maßnahmen und die Willkür sehr stark beeinträchtigt. Beunruhigt hat mich in den letzten Tagen der Unruhen die Tatsache, dass unsere Jugendlichen in Jerusalem, die jetzt gegen die israelische Ungerechtigkeit kämpfen, ihre Heimat eigentlich nicht mehr kennen. Jerusalem scheint in diesen Tagen in den Abgrund zu stürzen, aber ich bleibe zuversichtlich, dass es eines Tages besser und vor allem gerechter sein wird. Meine Hoffnung basiert darauf, dass die jetzige junge Generation sich immer gegen Ungerechtigkeit und für ihre Freiheit erheben wird.

WAS HAT SICH SEIT DEM OSLO-PROZESS IN IHREM ALLTAG IN JERUSALEM VERÄNDERT?

Vor Oslo hatte Jerusalem eine gänzlich andere und zentrale Bedeutung für die Palästinenser gehabt. Ost-Jerusalem war das geistige politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum für alle Palästinenser. Von hier aus agierten wichtige Persönlichkeiten und konnten die politische Richtung angeben. Doch nach Oslo und vor allem mit dem Bau der Mauer und der damit verbundenen Zerstückelung und Isolierung unserer Stadt wurde die Stadt von den Palästinensern getrennt und somit ihrer wichtigen Funktion beraubt. Die Verträge von Oslo brachten nur Nachteile für die palästinensische Bevölkerung in Jerusalem. Der Alltag der Palästinenser ist durch diese falsche Entscheidung nicht nur beeinträchtigt, sondern unmöglich worden. Israel beschlagnahmt immer noch Grund und Boden unserer Bevölkerung, verbietet uns, unsere Häuser zu erweitern und untersagt die Bewegungsfreiheit – um nur einige wenige Aspekte zu erwähnen. Die palästinensischen Ost-Jerusalemern werden nicht einmal als Einwohner der eigenen Stadt betrachtet, sie werden mit einer Aufenthaltserlaubnis geduldet. Oslo war und ist ein Fehler, weil Israel beinahe einen Freibrief erhielt, in Ost-Jerusalem alles zu seinem Vorteil zu verändern.

WELCHE ROLLE SPIELT RELIGION IN JERUSALEM?

Selbstverständlich ist Jerusalem für die drei monotheistischen Religionen von besonderer Bedeutung. Und dennoch spielt die Religion für die Palästinenser nicht die Rolle in ihrem Widerstand gegen die Besatzung. Nicht die Religion, sondern vielmehr die Al-Aqsa Moschee steht im Mittelpunkt. Der Tempelberg ist Symbol und Mahnmal geworden, er erinnert und eint die Palästinenser in ihrem Widerstandskampf gegen Besatzung und Unterdrückung.



SIND SIE NOCH MITGLIED DER „KÜNSTLER GEGEN DIE MAUERN“? GIBT ES NOCH TREFFEN MIT ISRAELISCHEN KÜNSTLERN?

Palästinensische und israelische Künstler haben sich zwischen 1981 und 2005/6 im Rahmen ihrer Möglichkeit politisch zusammengeschlossen. Sie entwickelten gemeinsame Aktivitäten, um auf die gravierenden Veränderungen und Benachteiligungen durch die Errichtung der Mauer aufmerksam zu machen. Viele Ausstellungen in Europa und Amerika wurden durchgeführt. Diese kulturelle und politische Zusammenarbeit wurde nach der Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern infrage gestellt. Auf beiden Seiten gab es keine Unterstützung mehr, im Gegenteil, nur noch Kritik. Zurzeit gibt es bis auf sehr wenige persönliche Begegnungen gar keine gemeinsamen Aktivitäten mehr. Auch dies ist als ein Indiz für die immer noch herrschende politische Spannung anzusehen.

MAN BEZEICHNET SIE OFT ALS EINEN POLITISCHEN KÜNSTLER? MÖGEN SIE DIESE BEZEICHNUNG?

Nein, ich bin kein politischer Künstler. Jeder Künstler wird stets von den ihn umgebenden sozialen und politischen Umständen beeinflusst, so auch ich. Aus diesem Grunde sind meine Arbeiten durchaus politisch und sozial-gesellschaftlich motiviert. Nicht ich habe mich der Politik zugewandt, sondern sie hat mich im Griff. Wie könnte ich als beobachtender und fühlender Künstler diese Spannungen außer acht lassen? Viele meiner Gemälde spiegeln durchaus und bewusst den Alltag der Palästinenser wider. Lebte ich zum Beispiel in der Schweiz, in Sicherheit und Frieden, wäre meine Arbeit naturgemäß eine andere. Insofern sind meine Darstellungen durchaus politisch und werden auch so verstanden.

WIE STEHT ES UM DIE PALÄSTINENSISCHE KUNST DERZEIT? WAS SIND IHRE THEMEN? WIE ERREICHT SIE DIE GESELLSCHAFT?

Erstaunlicherweise hat sich das beherrschende Problem der Besatzung nicht nur als Ideengeber, sondern auch als Impuls für viele palästinensische Künstler herausgestellt. Unsere Kunst ist reich an Vielfalt, sie befasst sich mit allen Lebensbereichen unserer leidenden Bevölkerungen und schafft eine zusätzliche Identität gegen die Besatzung. Nicht ohne Grund wurden sehr viele Gemälde von mir von den israelischen Soldaten beschlagnahmt. In meinen Arbeiten sahen sie ein Beharren auf der palästinensischen Identität und sogar eine Ermutigung zum politischen Widerstand. Ja, meine künstlerische Tätigkeit wird von der palästinensischen Gesellschaft wahrgenommen, denn sie betrifft das Schicksal meines Volkes.

Vielen Dank Sliman Mansour!

SLIMAN MANSOUR UND NAZIH MUSHARBASH HABEN ZUSAMMEN DIE SCHULE BESUCHT. ANLÄSSLICH IHRER 50-JÄHRIGEN SCHULENTLASSUNG AUS DEM INTERNAT DER EVANGELISCH-LUTHERISCHEN SCHULE IN BEIT JALA HABEN SICH DIE BEIDEN ZU DIESEM INTERVIEW IN JERUSALEM GETROFFEN.



BERLIN

Jürgen Sendler
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Wilhelm Wortmann
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

SÜDBAYERN

Jörg Steinhart
suedbayern@dpg-netz.de

Aktivitäten

ANTWORT DES KIRCHENTAGS AUF TUTU

[1] Der Nahostkonflikt sei komplexer als dass man nur eine Seite tadeln und zum Boykott aufrufen dürfe, hat der Kirchentag nun dem südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu geantwortet, der in einem Brief an den Kirchentag kirchliche Haltungen zum Nahostkonflikt kritisierte, die gleichzeitig Sympathie mit dem Unterdrücker und dem Unterdrückten zum Ausdruck bringen. Die Kirche müsse sich an die Seite der Unterdrückten stellen, forderte Tutu: „Neutralität darf keine Option sein, denn sie begünstigt immer die Unterdrücker“. (Den Brief haben wir in Auszügen im vorigen Palästina Journal abgedruckt).

Nach Ansicht von Kirchentagspräsident Prof. Andreas Barner ist auch der Vergleich mit der Apartheid in Südafrika nicht angemessen. Barner schrieb weiter: „Einerseits muss die Politik der Siedlungen auf der israelischen Seite aufhören, aber auf der anderen Seite gibt es das Bedürfnis, dass Israels Existenzrecht wirklich von allen Staaten und Parteien in der Region anerkannt wird.“ Barner verwies in seinem Antwortbrief auf die Geschichte des Kirchentages, der sich von Anbeginn an und nach den Verbrechen an den Juden in Europa besonders gegen die Diskriminierung von Juden in Deutschland und weltweit ausspricht. Mit großer Sorge hätten sie im letzten Sommer „während der Gaza-Krise“ große anti-semitische Demonstrationen in Deutschland erlebt. Der Kirchentag verstehe sich als Plattform, die Ungerechtigkeiten zur Sprache bringe: „Und wir sehen unsere Rolle darin, Solidarität mit beiden Seiten zu zeigen“, so Barner.

PALÄSTINA-TAGUNG

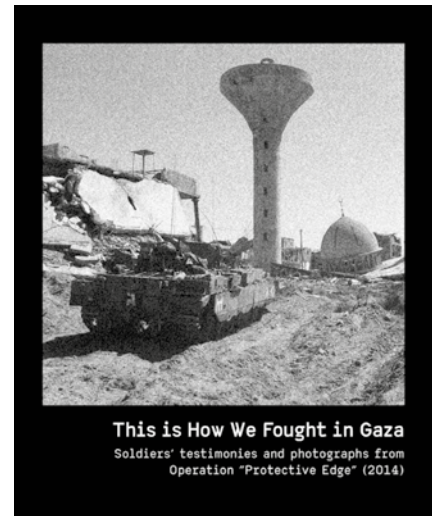
„GEWALTFREIER WIDERSTAND“

[1] Vom 4.–6. März 2016 findet die Palästina-Tagung „Gewaltfreier ziviler Widerstand in Palästina – Ziviler Ungehorsam – Ausweg aus dem Dilemma“ im Haus Ohrbeck in Georgsmarienhütte bei Osnabrück statt. Referenten sind u.a. Dr. Mustafa Bargouth, Salah Kahwaja, Dr. René Wildnagel und Abir Kopty. Am Sonntag findet nach dem Mittagessen die DPG-Mitgliederversammlung statt.

<http://www.dpg-netz.de/>

ISRAELKRITISCHE AUSSTELLUNG ABGESAGT

[1] Nach Protesten der israelischen Botschaft hat der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Jürgen Roters, eine Ausstellung der israelischen Organisation „Breaking the Silence“ abgesagt. „Breaking the Silence“ ist ein Zusammenschluss ehemaliger israelischer Soldaten, die das Vorgehen ihrer eigenen Streitkräfte gegen die Palästinenser kritisieren. Köln ist Partnerstadt von Betlehem und Tel Aviv.



„This is How We Fought in Gaza“ Soldiers' testimonies and photographs from Operation „Protective Edge“ (2014) heißt eine neue Web-Publikation der israelischen Soldatenorganisation Breaking the Silence/Das Schweigen brechen über den 51-tägigen Einsatz der israelischen Armee im Gazakrieg.

www.breakingthesilence.org.il/testimonies/videos/56741

LILLIAN ROSENGARTEN ATTACKIERT

[1] Die 80-jährige New Yorkerin Lillian Rosengarten hat ihre zweiwöchige Vortragsrundreise „Als Jüdin gegen Zionismus“ im September in Deutschland trotz massiver Attacken in der Jerusalem Post wie geplant beendet. Wie die Veranstalter berichteten, konnte sie ungeachtet der beiden Artikel in der Jerusalem Post ihre Vorträge überall ungehindert und ohne jegliche Störungen halten.

PALÄSTINENSISCHER SCHÜLERAUSTAUSCH

[1] Zwölf palästinensische Schüler/innen aus Beit Sahour sind von Schülern, Lehrern und Gasteltern aus Osnabrück aufgenommen worden. Vom 25. Juni bis zum 9. Juli haben sie an einem Schüleraustausch teilgenommen, der auf Vermittlung der DPG-Regionalgruppe Osnabrück in der Erich Maria Remarque Realschule durchgeführt wurde.

NÜRNBERGER MAULKORB

■] Nachdem der Dekanatsausschuss dem Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden (NEFF) einen Maulkorb verhängt hatte, hat DPG-Regionalgruppenleiter und Pfarrer i. R. Martin Breidert in einem Brief an den Dekan des Evangelisch-lutherischen Dekanats Nürnberg die Entscheidung kritisiert. Breidert war dabei, als am 29. November der 86 Jahre alte israelische Friedenskämpfer Reuven Moskovitz in Nürnberg bei einer Kundgebung in der Straße der Menschenrechte sprach. Einige jüngere Männer, die nach Angaben von Ortskundigen zur Nürnberger jüdischen Gemeinde gehörten, störten dabei immer wieder die Rede von Moskovitz. Breidert zeigte sich befremdet, dass nun der Dekanatsausschuss „die Schuldingen für den Eklat am 29. November ausgerechnet bei NEFF sieht. Es finden viele Veranstaltungen der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit oder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft statt, ohne dass deshalb um der Ausgewogenheit willen auch Palästinenser zu Wort kämen. Sobald aber irgendjemand für die Menschenrechte der Palästinenser eintritt, und sei es ein jüdischer Israeli wie Reuven Moskovitz, wird die „doppelte Solidarität mit Israel und Palästina“ eingefordert.“ Auch in der evangelischen Kirche sollte endlich zur Kenntnis genommen werden, dass zwar die Mehrheit in Israel hinter der völkerrechtswidrigen Politik der israelischen Regierung steht, dass es aber auch Juden innerhalb und außerhalb Israels gibt, die sich Sorgen machen um die Glaubwürdigkeit des Judentums und darum diese Politik massiv kritisieren.

DPG FORDERT SCHUTZ DER PALÄSTINENSER/INNEN

■] Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG) fordert, dass die EU das Zollabkommen mit dem Staat Israel wegen fortgesetzter Menschenrechtsverletzungen aussetzt, dass Deutschland seine Waffenlieferungen an Israel beendet, dass die UN Sanktionen gegen Israel verhängt und dass die UN Truppen entsendet, um die Palästinenser vor israelischer Gewalt zu schützen. In einer Pressemitteilung der DPG heißt es:

„Palästinensische Jugendliche, die unter israelischer Besatzung aufgewachsen sind, haben die brutale Gewalt der israelischen Armee und die vielfältigen Übergriffe der Siedler von Kindesbeinen an erlebt. Selbst wer friedlich demonstriert,

wird von Israel des „gewaltfreien Terrorismus“ bezichtigt. Täglich werden Schüler/innen Augenzeugen, wie Soldaten ihre Eltern erniedrigen. Auf ihrem Schulweg an den Checkpoints erleben sie Willkür und Gewalt. Seit 48 Jahren dauern die menschenrechts- und völkerrechtswidrige Besatzung und Enteignung an. Wer sich über die zunehmende Gewalt unter palästinensischen Jugendlichen empört, sollte zunächst daran erinnert werden, dass Israel mit seiner anhaltenden Besatzungs- und Annexionspolitik eine brutale strukturelle Gewalt ausübt. Die israelischen Professoren Omri Boehm und Moshe Zuckermann nennen dies Staatsterrorismus. Religiöse Zionisten wollen den Tempelberg an sich reißen. Damit verstoßen sie nicht nur gegen den Friedensvertrag mit Jordanien, sie provozieren Muslime in Palästina und in der ganzen Welt. So versuchen die Zionisten, den Palästinensern nicht nur Land und Zukunft zu rauben, sondern missachten auch ihre religiöse Identität. Besonders infam ist Netanjahus Versuch, den Palästinensern eine Mitschuld an der millionenfachen Ermordung der Juden zu geben, indem er nicht vor Geschichtsfälschungen zurückschreckt. Solange der Staat Israel den Palästinensern die Menschenrechte, die bürgerlichen und politischen Rechte verweigert, wird die Gewalt nicht enden. Es ist das Recht eines jeden Volks, sich gegen Unterdrückung zu wehren und für sein Selbstbestimmungsrecht einzutreten. Nach internationalem Recht gehört die Westbank, der Gazastreifen und Ostjerusalem nicht zum israelischen Staatsgebiet, wie der Internationale Gerichtshof 2004 festgestellt hat und wie es dem Rechtsverständnis der EU entspricht (EU-Amtsblatt vom 19.7.2013). Der Westen hat zwar den illegalen Siedlungsbau immer wieder verurteilt, jedoch unterstützt er gleichzeitig Israel mit wirtschaftlichen Privilegien und mit Waffenlieferungen. Es ist höchste Zeit, eindeutige politische Konsequenzen zu ziehen.“

BOTSCHAFTERIN EMPFÄNGT DPG-VORSTAND

■] Botschafterin Dr. Khoulood Daibes hat im Juli den Vorstand der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) in Berlin empfangen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Aktivitäten der DPG und es wurden Möglichkeiten einer Zusammenarbeit diskutiert. Botschafterin Dr. Daibes informierte über die aktuellen Entwicklungen. An dem Treffen nahmen vom DPG-Vorstand Gisela Siebourg, Raif Hussein und Nazih Musharbash teil.

ISRAELISCHE APARTHEIDPOLITIK BEENDEN

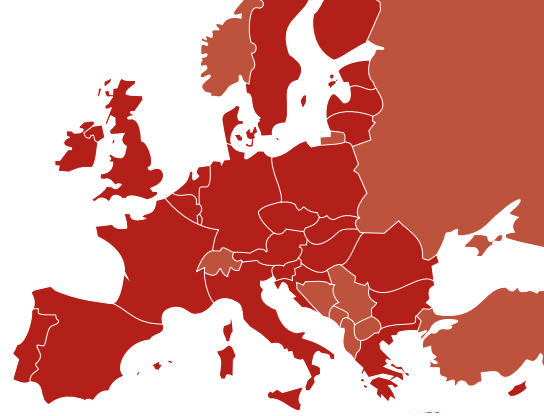
■] Der ehemalige IPPNW-Vorsitzende und Passagier der Mavi Marmara der Gaza Flottille 2010, Matthias Jochheim, hat bei der Palästina-Kundgebung in Frankfurt gefordert, dass die israelische Apartheidpolitik beendet werden müsse. Die realen Verhältnisse in Israel und den besetzten Gebieten würden zu Recht mit dem Begriff „Apartheid“ gekennzeichnet. „Fast 50% der im israelisch-palästinensischen Gebiet lebenden Menschen, eben die Angehörigen der palästinensischen Bevölkerungsgruppe, leiden in unterschiedlichem Maß unter ihrer gesellschaftlichen Diskriminierung und Entrechtung, bis hin zu extralegalen Hinrichtungen, zum Beispiel durch Drohnen.“

Die westlichen Mächte, angeführt von den USA, seien treue Verbündete eines israelischen Staates, der de facto die Politik eines Kolonialregimes weiterhin umzusetzen versuche. Es handle sich um einen Siedler-Kolonialismus, wie er sowohl in Nordamerika als auch in Lateinamerika in vergangenen Epochen gewaltsam betrieben wurde: die massive Vertreibung einer einheimischen Bevölkerung und die Landnahme für Einwanderer aus anderen Erdteilen. „Es ist kein Zufall, dass Bischof Tutu, Nelson Mandela und andere Kämpfer gegen die südafrikanische Apartheid



Demonstration vor dem Bundeskanzleramt. In zahlreichen deutschen Städten u.a. in Bonn, Frankfurt und Hamburg fanden Palästina-Demonstrationen statt.

zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik in den besetzten Gebieten gehörten – sie kannten Elemente dieser Politik aus der eigenen historischen Erfahrung. Und es ist auch nicht zufällig, dass aktive Gruppen der palästinensischen Zivilgesellschaft auf ein Mittel zurückgegriffen haben, das gegen das südafrikanische Apartheidregime seine Wirksamkeit bewiesen hat: BDS – Boykott, Deinvestition und Sanktionen gegen die israelische Apartheid, eine gewaltlose internationale Kampagne, die durchaus schon spürbare Resultate und Reaktionen erzeugt hat.“



Deutsche und EU-Nahostpolitik

EU muss Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen bannen

Der EU-weite Importbann, der auf der Nicht-Anerkennung der illegalen Annexion der Krim und Sevastopol beruht, wirft die Frage auf, weshalb diese Politik nicht auch bezüglich des Handels mit Siedlerprodukten (mit den illegalen Siedlungen im besetzten Palästina) angewandt wird. Im Falle Palästinas und dem Handel mit den völkerrechtlich illegalen Siedlungen verlangt das Völkerrecht ausdrücklich ein Nicht-Anerkennen beziehungsweise ein Aussetzen jeglicher Handelsbeziehungen: Produkte aus den israelischen Siedlungen nach Europa zu exportieren wäre demnach verboten.

Im Juni 2014 wurde die EU-Richtlinie, die Importe aus der Krim und Sevastopol verbietet (Ausschuss Entscheidung 2014/386/CFSP & Ausschuss Regulierung (EU) Nr. 692/2014), verabschiedet. Als Gründe wurden angegeben: Ein Bann aller Exporte ist integraler Teil der EU-Nicht-Anerkennungspolitik. In diesem Fall bezog sich die Nicht-Anerkennung auf die illegale Annexion der Krim und Sevastopol. Legale Basis für das Importverbot waren die Schlussfolgerungen des EU-Rates vom 20./21. März, welche explizit die illegale Annexion verurteilten und die Nicht-Anerkennung dieser bestätigten.

FOTO // RÖM



Soda-Stream-Fabrik in der Siedlung Mishor Adumin, 2014

Wichtig ist, dass eine Pflicht zur Nicht-Anerkennungspolitik auch im Fall der israelischen Siedlungen im besetzten Palästina besteht. Die völkerrechtliche Basis dieser Nicht-Anerkennung wäre wesentlich stärker als etwa im Fall der Krim und Sevastopol. Natürlich ist jedem versierten Politiker bewusst, dass politische Realitäten die Implementierung von internationalem Recht maßgeblich beeinflussen. Trotzdem sind Politikinhalt und politische Handlungen in Bezug auf Nicht-Anerkennung elementare Elemente für die Stabilität und den Bestand des internationalen Völkerrechts und sollten demnach nach bestem Gewissen implementiert werden (d.h. nicht zum Opfer der Realpolitik werden).

Tatsache ist, dass die EU im Falle der israelischen Siedlungen ihren eigenen Fokus auf Ein-

haltung des Völkerrechtes nicht einhält. Die EU-Implementierung der Nicht-Anerkennungspolitik ist und bleibt inkonsistent.

Pflicht zur Nicht-Anerkennung

Im Fall der israelischen Besatzung würde die Pflicht zur Nicht-Anerkennung nicht nur den Bau der Separationsmauer (wie auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag bereits in seinem empfehlenden Gutachten klargemacht hat) betreffen, sondern auch die illegalen israelischen Siedlungen. Anerkannte Rechtswissenschaftler sowie zahlreiche UN Resolutionen (vor allem Resolution 465) und die EU selbst, haben sich dazu bekannt und diese Rechtsbestände bestätigt.

Grundlegende Normen des Völkerrechts verbieten auch den Transfer von Menschen in die besetzten Gebiete und garantieren das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes gegen illegale Annexion. Ebenfalls ist es laut Völkerrecht (vor allem laut der Den Haag-Konvention und der vierten Genfer Konvention) untersagt, dass die Besatzungsmacht wirtschaftliche Vorteile aus ihrer Besatzung zieht. Sogar das israelische Recht (der Elon-Moreh-Fall beispielsweise) hat das bestätigt. Wenn diese grundlegenden und zwingenden Normen des modernen Völkerrechts missachtet werden, hat die internationale Staatengemeinschaft die Pflicht, sich gegen diese Missachtungen zu stellen, zum Beispiel durch eine Politik der Nicht-Anerkennung.

Die Verpflichtung zur Nicht-Anerkennung enthält die folgenden beiden Elemente: Erstens handelt es sich um eine gewohnheitsrechtliche Verpflichtung. Zweitens ist es eine selbst-implementierende Verpflichtung, die auch ohne kollektive Aktionen und Druck angewendet werden kann und soll. Wenn ein Staat eine Verletzung einer zwingenden Norm des Völkerrechts bemerkt, muss er nicht erst auf eine Reaktion der Vereinten Nationen (zum Beispiel ein Handelsembargo unter UN-Charta, Kapitel VII) warten, sondern kann die Nicht-Anerkennung der illegalen Maßnahme sofort entscheiden und implementieren. Die selbst-implementierende Natur der gewohnheitsrechtlichen Verpflichtung geht auf den Hintergrund zurück, die permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates (Russland im Fall der Krim, die USA im Fall der israelischen Siedlungen) davon abzuhalten, ein Durchsetzen der Nicht-Anerkennung durch ihre Vetomacht zu verhindern.

Aussetzung des Handels

Der Stopp jeglicher Handelsbeziehungen, welche der Besatzungsmacht zugutekommen, ist elementarer Bestandteil jeder Nicht-Anerkennungspolitik. Diese Aussetzung des Handels ist völkerrechtlich keine Sanktion, sondern gilt als Korrekturmaßnahme eines bereits begangenen Fehlers innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen: Der Handel mit international als illegal betrachteten Siedlungen. Es geht somit nicht darum, Handel als solchen zu bannen, sondern sich selbst den Handel mit einem illegalen Partner zu untersagen (wenn der Handel der Besatzungsmacht zugutekommt).

Zusammenfassend verletzt die EU momentan somit ihre eigene grundlegende Verpflichtung zur Nicht-Anerkennungspolitik im Fall der israelischen Siedlungen im besetzten Palästina. Ein umfassender Handelsbann mit den Siedlungen müsste keine politische Kontroverse auslösen. Es geht um eine Korrektur der eigenen Fehler in Bezug auf die Implementierung des grundlegenden Völkerrechtes, dem die EU ebenso wie alle anderen Staaten verpflichtet ist. Die Verpflichtung zur Nicht-Anerkennung betrifft gleichzeitig auch jeden einzelnen EU-Staat. Wenn die EU, welche die exklusive Kompetenz in Handelsfragen besitzt, nicht in der Lage ist, internationale Rechtsverantwortungen umzusetzen, sind die einzelnen Mitgliedsstaaten aufgefordert, diese unabhängig umzusetzen, also (im Sinne des Völkerrechts) den Handel mit israelischen Siedlungen eigenständig einzustellen.

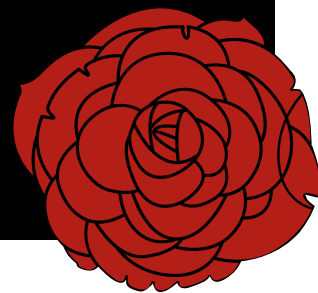
In Anbetracht des EU-Standpunktes und der Aktionen in Bezug auf die Nicht-Anerkennung der illegalen Annektierung der Krim und Sevastopol, scheinen die EU-Politiker sich der Wichtigkeit des Nicht-Anerkennungsprinzips theoretisch bewusst. Auf Grund politischen Kalküls wird dieses in Bezug auf israelische Siedlungen (und entgegen der völkerrechtlichen Standards) jedoch nicht implementiert.

Auch wenn es auf den ersten Blick politisch kontrovers erscheint, sind die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten unter internationalem öffentlichen Recht, internationalem Handelsrecht und auch EU-Recht jedoch verpflichtet, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Nicht-Anerkennung in jedem Fall umzusetzen.

TOM MOERENHOUT, GENF

ÜBERSETZUNG INS DEUTSCHE: EVA PILIPP

Weltweite Solidarität



International

WIEDER FLOTTILLE NACH GAZA

■ Nachdem sich die politische Lage in Palästina weiter verschlechtert, die Blockade des Gaza-Streifens nicht aufgehoben ist, will die Freedom Flotilla Coalition wieder Schiffe nach Gaza senden. Im Jahr 2016 soll ein nur mit Frauen besetztes Boot nach Gaza segeln. Im Jahr 2017 soll die Solidarität den Fischern von Gaza gelten und im Jahr 2018 soll ein großes Schiff mit Hunderten von internationalen Unterstützern sich nach Gaza aufmachen und die Blockade überwinden. An den Vorbereitungen beteiligt sind europäische, italienische, norwegische, schwedische, türkische, südafrikanische und kanadische Initiativen.

Zuletzt war die Freedom Flotilla III unterwegs gewesen. Ihr Schiff, die Marianne, wurde von der israelischen Armee in internationalen Gewässern aufgebracht. Alle Passagiere an Bord sind gefangen genommen worden.

<https://ff3.freedomflotilla.org/press-room>

GEGEN ABRISSAKTIONEN

■ 31 internationale Organisationen haben den sprunghaften Anstieg israelischer Abrissaktionen gegen palästinensische Wohnhäuser verurteilt. Die kirchlichen, humanitären, Menschenrechts- und Entwicklungshilfeorganisationen fordern die Regierungen der Welt auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die fortlaufenden Abrisse zu stoppen und die Regierung des Staates Israel für die willkürliche Zerstörung von palästinensischem Besitz und von Projekten, die über internationale Hilfen finanziert wurden, zur Rechenschaft zu ziehen. Allein im ersten Halbjahr 2015 sind in der Zone C, der israelisch verwalteten Zone in der Westbank, die Teil des international anerkannten besetzten palästinensischen Territoriums ist, mindestens 356 Strukturen, darunter 81 international finanzierte Hilfsprojekte, von den israelischen Behörden abgerissen worden.

Nach Ansicht der Organisationen sollten die internationalen Geber danach streben, die finanziellen Verluste, die ihnen durch die Zerstörung ihrer Strukturen entstanden sind, wieder einzutreiben. Außerdem sollten sie sich verpflichten, die geleisteten Hilfen erneut bereitzustellen. Im Mai 2012 hatte die Europäische Union öffentlich erklärt, sie erwarte von der Regierung des Staates Israel, dass diese die in der Zone C geleisteten EU-Hilfen be-

schützt. Seither sind hunderte Hilfen und Hilfsprojekte, die von europäischen und anderen Gebern finanziert wurden, abgerissen oder beschlagnahmt worden. Alles in allem hat die Abrisswelle in der Woche vor der Veröffentlichung des Berichts am 18. August 132 Menschen, darunter 82 Kinder, in die Obdachlosigkeit getrieben.

Diese Hausabrisse werden aufgrund eines Plans der Regierung des Staates Israel durchgeführt, 7.000 Palästinenser, die in 46 Gemeinden innerhalb der Zone C leben, „umsiedeln“. Wiederholt hat die internationale Gemeinschaft die israelische Regierung dazu aufgerufen, ihren „Umsiedlungsplan“ fallen zu lassen. Davon betroffen sind Beduinen- und Hirtengemeinden in den zentralen Gebieten der Westbank, wie das E1-Gebiet im Umland von Jerusalem. Die Regierung des Staates Israel plant, ihre dortigen Siedlungen weiter auszubauen, obwohl diese nach internationalem Recht illegal sind. Unter anderen Kommentatoren erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, dass der von Israel beabsichtigte Plan zur „Umsiedlung“ dieser Menschen auf eine Zwangsumsiedlung hinauslaufe, wenn er umgesetzt würde.

Zwangsumsiedlungen und die mutwillige Zerstörung von Privateigentum stellen grobe Brüche der Vierten Genfer Konvention dar. Ein solcher Bruch bringe bestimmte Verpflichtungen für Drittstaaten mit sich und beinhaltet eine individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit. Brüche der Vierten Genfer Konvention seien zudem per Gesetz als Kriegsverbrechen definiert.

Die Regierung des Staates Israel rechtfertigt Hausabrisse und Umsiedlungen von Gemeinden in der Zone C damit, dass für die betroffenen Gebäude und Strukturen keine israelischen Planungs- und Baugenehmigungen vorhanden seien, wobei Palästinensern solche Genehmigungen allerdings routinemäßig verweigert werden. Lokale und internationale Hilfsorganisationen sehen sich mit zunehmend massiven Einschränkungen durch die Regierung des Staates Israel konfrontiert, wenn sie sich für diese Belange einsetzen. Das verstößt gegen Israels Verpflichtungen, eine wirkungsvolle Bereitstellung von humanitären Hilfen zu ermöglichen.

<https://de.lutheranworld.org/de/content/zerstörung-palaestinensischer-haeuser-von-31-internationalen-organisationen-verurteilt-21-0>

AMNESTY KRITISIERT MENSCHENRECHTSVERBRECHEN IN GAZA

■ Amnesty International hat der Hamas schwere Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen, da diese im Verlauf des Gaza-Krieges über 20 angebliche Kollaborateure hingerichtet habe. Sie fordert die Hamas auf, von Hinrichtungen im Schnellverfahren und außergerichtlichen Exekutionen Abstand zu nehmen und klarzustellen, dass Verstöße gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht nicht toleriert werden und alle Entführungskampagnen, willkürlichen und rechtswidrigen Tötungen, Folterungen und Todesdrohungen, an denen ihre Truppen beteiligt sind, unverzüglich zu beenden. AI fordert im selben Bericht mit dem Titel „Im Würgegriff“ Israel auf, UN-Vertretern und Menschenrechtsorganisationen umfassenden Zugang zu den zuständigen Behörden und den vollständigen Zugriff auf die entsprechenden Dokumente zu gewähren, die Blockade des Gazastreifens vollständig aufzuheben, dem Römischen Statut zum Internationalen Strafgerichtshof beizutreten und eine Erklärung über die Anerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs mit Wirkung vom 1. Juli 2002 abzugeben.

Alle Staaten sollten der von den Vereinten Nationen beauftragten Untersuchungskommission über den Gaza-Krieg und allen durch den Menschenrechtsrat eingerichteten Folgemechanismen ihre volle Unterstützung geben und die israelischen wie die palästinensischen Behörden ermutigen, mit diesen zu kooperieren. Alle Staaten sollten den Transfer von Rüstungsgütern, Munitionen, Waffen und Militärausrüstung an bewaffnete palästinensische Gruppen und an Israel aussetzen, bis substanzielle Schritte unternommen wurden, die zur Feststellung der Verantwortlichkeiten für frühere Verstöße führen und bis wirksamen Mechanismen in Kraft sind, die sicherstellen, dass Waffen und entsprechende Ausrüstungen nicht verwendet werden, um Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht zu begehen.

[amnesty.org](https://www.amnesty.org)
Index: MDE
21/1643/2015



PAX CHRISTI FORDERT ENDE DER GEWALTESKALATION

[] Pax Christi International ist zutiefst entsetzt über die Szenen der Gewalteskalation in Palästina und Israel. Die internationale katholische Friedensbewegung ist überzeugt, dass gewaltlose, legale und politische Lösungen der einzige Weg sind, um die Gewalt zu stoppen.

„Wir glauben, dass die mühsame Arbeit, Vertrauen und Frieden zwischen den Völkern aufzubauen, durch das derzeitige Aufschaukeln der Gewalt total verloren geht. Palästinensische Jugendliche, die israelische Zivilisten angreifen, spielen dabei eine wichtige Rolle, und ebenso die israelischen Sicherheitskräfte, die die Gewalt anheizen und palästinensische Zivilisten nicht schützen. In den vergangenen Tagen haben wir gesehen, wie IDF (= Israeli Defence Forces) und Polizeibeamte in „Schießen, um zu töten“-Aktionen extreme Gewalt gegen palästinensische Zivilisten angewendet haben, die zu Verletzten und Toten führten und von der palästinensischen Gemeinschaft her Gegengewalt herausforderten. Wenn Verbrechen begangen werden, müssen diese als Verbrechen geahndet werden.

Es muss mehr geschehen, um eine Kultur von Angst und Hass aufzulösen. Die israelische Regierung und die IDF provozieren und stiften Extremisten von beiden Seiten des Konflikts an zu Versuchen, die Gewalt zu erhöhen und weitere militärische Aktionen zu rechtfertigen. Solche Aktionen müssen abgelehnt werden.

Während unserer Jahre der Partnerschaft in der Region haben wir immer wieder die tiefe Frustration und Unterdrückung von Palästinensern beobachtet, die seit 49 Jahren unter illegaler Besetzung leben. Das ist eine ungelöste Ungerechtigkeit für mehr als vier Millionen Menschen.“

Pax christi fordert mit der Internationalen Gemeinschaft einschließlich der EU und den Vereinten Nationen eine Lösung, die die Urgründe des Konflikts anspricht. Die Kosten für ein Versagen seien zu hoch, um Worte zu machen und untergraben die Sicherheit sowohl der Israeli wie auch der Palästinenser. Internationaler Schutz für palästinensische Zivilisten habe sich als notwendiger Schlüssel in dieser gegenwärtigen Phase des israelisch/palästinensischen Konflikts ergeben. Die Besetzung müsse enden, damit der Frieden erreicht wird.

www.paxchristi.net



Demonstration an der Sperranlage im Gazastreifen

PROTEST GEGEN SPERRANLAGENBAU

[] Der Weltkirchenrat sowie viele andere Organisationen und Einzelpersonen weltweit, darunter der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter, haben gegen den Bau der Sperranlage in Cremisan bei Beit Jala protestiert. 58 Familien werden dort von ihrem Land abgetrennt.

Palästinensische Christen/Christinnen hatten sich mit der Bitte um Hilfe an die Weltgemeinschaft gewandt, nachdem bereits hunderte von Olivenbäumen für den Sperranlagenbau enturzelt worden waren, diese Völkerrechtsverletzung zu ahnden. Ein Beschluss des Obersten Gerichtshofes in Israel hatte zunächst Hoffnung aufkommen lassen. Dieser Beschluss wurde dann aber zuungunsten der Familien ausgelegt.

<https://www.change.org/p/stop-the-illegal-separation-barrier-wallwillfall>

Deutschland

UNTERSTÜTZUNG FÜR GEFANGENEN

[] Amnesty hat mitgeteilt, dass Rechtsanwalt Mohammed Allan, der seit November 2014 in Verwaltungshaft, d.h. Haft ohne Anklage und Urteil, ist, frei gekommen ist. Er trat am 16. Juni aus Protest in den Hungerstreik und wurde nach 65 Tagen ohne Nahrung am 20.8. in eine Klinik gebracht. Ein Verwaltungsgericht hatte seine Inhaftierung wegen Lebensgefahr ausgesetzt. Kurz vor seiner Entlassung am 16.9. wurde er erneut inhaftiert. Nachdem ein MRT-Scan am 19. August gezeigt hatte, dass Mohammed Allan eine Hirnschädigung erlitten hatte, erklärte ein Vertreter der israelischen Behörden, dass die Behörden, wenn sich sein Zustand als „unumkehrbar und bleibend“ herausstelle und er somit „seine Aktivitäten nicht wieder aufnehmen“ könne, die Haftanordnung umgehend aufheben würden.

Eine Online-Petition gab es unter <http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-181-2015-2/erneut-inhaftiert?destination=node%2F5309>

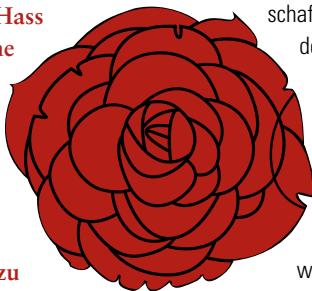


FOTO // MARIUS STARK



Das Tal von Cremisan vor dem Sperranlagenbau

Island

HAUPTSTADT FÜR BDS

Der Stadtrat der isländischen Hauptstadt Reykjavik hat Ende 2014 eine Erklärung angenommen, israelische Produkte zu boykottieren, so lange die Besetzung der palästinensischen Gebiete fortbesteht. Zum ersten Mal hat damit eine europäische Großstadt eine Erklärung zu BDS unterstützt. Der israelische Sprecher des Außenministeriums Emanuel Nachson sagte dazu: Ein Vulkan des Hasses sei in Reykjaviks Rathaus explodiert.

Israel

PALÄSTINA ANERKENNEN!

Über 700 israelische Künstler, Wissenschaftler, ehemalige Politiker und Militärs, darunter Amoz Oz, David Grossmann, Mira Awad, Joshua Sobol, Nobelpreisträger Daniel Khanemann, Avraham Burg und Zeev Sternhell, haben an die verantwortlichen Politiker in Europa appelliert, den Staat Palästina anzuerkennen. Das würde Israelis und Palästinenser ermutigen, ihren Konflikt zu beenden. Die Unterzeichnenden zeigten sich besorgt über die Besetzung und den Siedlungsbau. Israels Sicherheit und Existenz hänge von einem Staat Palästina ab. Grundlage für diesen Staat seien die Grenzen vom 4. Juni 1967.

<http://972mag.com/israeli-petition-to-european-lawmakers-recognize-palestine/98807/>

Österreich

UNTERSTÜTZUNG FÜR ABBAS

Die „Gesellschaft für Österreichisch-Arabisches Beziehungen“ (GÖAB) zeigt Verständnis für Präsident Mahmoud Abbas. „Die von Präsident Mahmoud Abbas vor der UN-Generalversammlung angekündigte Aufkündigung der sogenannten Osloer-Grundsatzvereinbarung stellt auch einen vehementen Protest der Palästinenser gegen die völlig zahnlose westliche Nahostpolitik dar“, kommentierte der Generalsekretär der GÖAB Fritz Edlinger die Abbas-Rede vor der UNO. „Die westlichen Staaten, welchen die reale Situation in Israel/Palästina durchaus bekannt ist, haben dies aus unterschiedlichen historischen und tagespolitischen Motiven zur Kenntnis genommen und tragen daher eine beträchtliche Mitschuld an der ausweglosen Situation“, führte Fritz Edlinger weiter aus. Das trotziges Beharren Israels auf seiner Besatzungspolitik hätte es doch längst klar gemacht, dass hier ganz konkrete internationale Maßnahmen, sprich Sanktionen, angebracht seien.

<http://www.saar.at/>

Abbas hatte wiederholt mit der Aufkündigung des Sicherheitsabkommens mit Israel gedroht. Der palästinensische Journalist Khaled Abu Toameh erzählte via Twitter, dass Abbas bereits 58 Mal diese Androhung gemacht hat.

Palästina

AUFRUF ZU INTERNATIONALER SOLIDARITÄT

Der nationale palästinensische BDS-Ausschuss (BNC), der die globale BDS-Bewegung führt, ist eine breite Koalition von palästinensischen Gewerkschaften und Organisationen. Er hat zu einer „Aktionswelle“ (Wave of Action) aufgerufen in Solidarität mit dem palästinensischen Kampf, die vom 16.–18. Oktober begann. Der BNC fordert:

„Lasst uns die internationale Solidarität mit dem palästinensischen zivilen Widerstand auf die nächste Ebene durch Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) heben:

- durch Aufruf zu Militärembargo und anderen Sanktionen gegen Israel bei allen Protesten und kreativen direkten Aktionen.
- durch Maximierung der Effizienz von Solidaritätsprotesten mit der Forderung nach BDS-Kampagnen in allen Bereichen, um Israels Regime der Besetzung und Apartheid weiter zu isolieren, wie es gegen Apartheid in Südafrika der Fall war.
- durch Kampagnen gegen internationale Unternehmen wie G4S und HP, die sich mitschuldig machen und israelische Unternehmen wie Elbit Systems, die an der Unterdrückungspolitik Israels beteiligt sind.
- durch Veranstaltungen, Teach-ins, kreative Aktionen und Sit-ins, um über die Rechte der Palästinenser/innen durch die Beteiligung an BDS-Kampagnen zu informieren.
- durch Werbung für eure Aktionen über den hashtag #SolidarityWaveBDS organisiert ihr einen Protest in eurer Stadt. Lasst es uns wissen, in dem ihr dieses Formular ausfüllt. Wir werden die Einzelheiten aller Aktionen weltweit auf bdsmovement.net/solidarity-wave posten.



P.S. Die BDS Kampagne zeigt Erfolge: Die israelischen Rüstungsexporte sind dramatisch gesunken. Im Jahr 2014 wurde nur noch für 5,5 Milliarden US-Dollar Waffen exportiert, im Vergleich zu 7,5 Milliarden im Jahr 2013. Israelische Rüstungslobbyisten erwarten in diesem Jahr einen Exportwaffenwert von rund 5 Milliarden.

USA

MEINUNGSFREIHEIT GEFÄHRDET

In den letzten Jahren hat sich in den USA ein Netzwerk an Universitäten und Colleges gebildet, das für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser eintritt und eine US-Politik kritisiert, wenn diese israelische Völkerrechtsverstöße deckt. Die Bewegung erfährt starken Gegenwind, der u.a. von den beiden Milliardären Sheldon Adelson und Haim Saban unterstützt wird. Die Organisation „Palestine Legal“ hat nun 152 Fälle aus dem Jahr 2014 dokumentiert, wie Lobbyarbeit für die Rechte der Palästinenser verhindert werden sollte. Im ersten Halbjahr 2015 musste sich „Palestine Legal“ bereits um 140 Fälle kümmern.

Die angewandten Taktiken folgen bestimmten Mustern. Aktivisten wird fälschlicherweise Antisemitismus oder Unterstützung von Terrorismus vorgeworfen. Einrichtungen bauen aufgrund von Druck von außen bürokratische Hindernisse gegen Meinungsfreiheit auf und setzen Programme ab, weil sie nicht ausgewogen seien oder angeblich Israel delegitimieren. Die israelische Advocacy Gruppe AMCHA hat auf ihrer Blacklist über 200 Professoren als „anti-israelisch“ eingestuft.

Gerichtsprozesse und Beschwerden gegen einzelne Aktivisten werden eingeleitet. Pro-Israel Gruppen versuchen auch, die Gesetzgebung zu ändern. 2015 hat der Kongress ein Handelsgesetz verabschiedet, mit der Möglichkeit gegen BDS (Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen) angewendet zu werden. Illinois war danach der erste Staat, der eine Anti-BDS-Maßnahme in das Gesetz hineinschrieb. Florida, South Carolina, Maryland, Pennsylvania, Indiana, Tennessee, New York und Pennsylvania folgten.

Heutige Erziehungseinrichtungen, Regierungsstellen und rechtliche Einrichtungen sollten den Taktiken widerstehen, freie Rede, die Israel kritisiert zu bestrafen, zu bedrohen, oder zu erschweren, so der 100-seitige Report „The Palestine Exception to free Speech. A Movement under Attack in the US“.

<http://palestinelegal.org/the-palestine-exception/>



FOTO // CPT PALÄSTINA

Ein Junge wird am Qitoun Checkpoint/Hebron verhaftet, Oktober 2015. Jugendliche Steinwerfer ab 13 Jahren müssen mit Haftstrafen von drei Jahren rechnen.

NEW YORK TIMES EINSEITIG

[] Gegen die einseitige Berichterstattung der New York Times, die in der Regel Israel als Opfer darstellt, hat die Jüdische Stimme eine Unterschriftensammlung begonnen. Von 30 untersuchten Artikeln kamen z.B. in 50% der Überschriften Palästinenser als die Verursacher von Gewalt vor, während Israelis nie als Aggressoren erschienen. Palästinenser wurden 41 Mal als Terroristen bezeichnet, vier Mal wurde der Begriff in Zusammenhang mit Israelis gebraucht.

www.TellTheNYT.org

GEGEN US-MILITÄRHILFE

[] Die „Jüdische Stimme“ in den USA protestiert gegen geplante Waffenlieferungen an Israel im Wert von 45 Milliarden US Dollar in den kom-

menden zehn Jahren. Die Waffen würden von amerikanischen Steuerzahlern bezahlt. Israel würde diese Waffen routinemäßig gegen Palästinenser/innen einsetzen und damit ihre Häuser zerstören, was nicht nur ein Verstoß gegen US-Gesetze sei, sondern auch gegen Humanitäres Völkerrecht.

#NoWeapons4Israel

KAYLA MUELLER

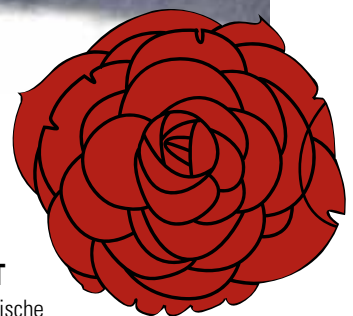
[] Die 2013 von der IS entführte US-amerikanische Geisel Kayla Mueller, 26, die durch einen jordanischen Luftangriff ums Leben gekommen war, hatte im Sommer 2010 in Palästina gearbeitet. Mit International Solidarity Movement (ISM) war sie u.a. in Sheikh Jarrah/Ost-Jerusalem und in Tel Ruimeda in Al-Khalil (Hebron) im Einsatz.

<http://www.forkayla.org/>

Schottland

DIE GRÜNEN FÜR BOYKOTT

[] Die schottische Grüne Partei hat sich für einen akademischen, kulturellen und wirtschaftlichen Boykott Israels ausgesprochen, bis Israel seinen Verpflichtungen, die aus dem Völkerrecht resultieren, nachkommt. Die Grünen riefen zu einem Militärembargo gegenüber Israel auf und zur Verfolgung von vermuteten Kriegsverbrechern. Gleichzeitig hat auch die südafrikanische Regierungspartei ANC ihre Unterstützung für BDS bekräftigt. Der ANC rät von Reisen nach Israel ab. Firmen, die Geschäfte in völkerrechtswidrigen Siedlungen machen, werden von der südafrikanischen Regierung gemieden.



FILM // AUFKLÄRENDE BILANZ

■ In den vergangenen 22 Jahren, seit den beiden Oslo-Abkommen von 1993 und 1995, sind über 25 Milliarden US-Dollar in die besetzten palästinensischen Gebiete geflossen – dies zählt zu den höchsten Pro-Kopf-Hilfe-Einkommen weltweit. Traditionell größter Geber ist die EU. Ihr Zweck: Aufbau eines unabhängigen demokratischen Staates Palästina, der Seite an Seite und in Frieden mit Israel existiert, dauerhafter Frieden und nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung. Die Bilanz nach 22 Jahren ist vernichtend. Ein Staat Palästina ist ferner denn je und die Situation in den besetzten Gebieten in vielerlei Hinsicht

schlechter als vor Oslo. Ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut, die Arbeitslosigkeit liegt bei 25%. Und nur 18% des Westjordanlandes stehen heute unter alleiniger palästinensischer Kontrolle. Und die den Palästinensern zur Verfügung stehenden Wasserressourcen sind heute nicht größer, sondern weitaus geringer als vor Oslo – trotz der Milliarden, die in den Wassersektor geflossen sind.

Milliarden für den Stillstand.

Die Rolle der EU im Nah-Ost-Konflikt, ein Dokumentarfilm von Sabrina Dittus (Deutschland 2015 - 60 Minuten)

<http://info.arte.tv/de/milliarden-fuer-den-stillstand>

BUCH // GEDANKEN FÜR JEDEN TAG

■ Aus 115 Quellen wurden Zitate für einen immerwährenden Kalender gesammelt. Aus Bibel, Koran, Talmud, von israelischen und palästinensischen Frauen und Männern, Worte die kein Öl in ein böses Feuer gießen. Gedanken von Hannah Arendt, Martin Buber, Desmond Tutu und vielen anderen. Herausgegeben von den Freunden von Sabeel, Deutschland, erschienen im AphorismA Verlag, Berlin 2015. Sabeel ist ein arabisches Wort und heißt „der Weg“, auch „die Quelle zum Leben“. Sabeel ist eine ökumenische Bewegung. Das Zentrum dieser palästinensischen Befreiungstheologie ist in Ost-Jerusalem. Im Vorwort zitiert Altlandesbischof Eberhardt Renz Martin Buber: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ Begegnung lebe von gegenseitigem Respekt ... Begegnung sei oft anstrengend heißt es da. Dunkelgrün ist der stabile Einband. Hanna Ziegler hat den Olivenzweig, ein Zeichen des Friedens nach der großen Flut, dem Kalender mit auf den Weg gegeben. Den Auftakt am 1. Januar macht der Prophet Amos: „Recht ströme wie

Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ (Amos 5,24) Selbst der 29. Februar bekam eine Parole: „Hungert deinen Feind, so speise ihn mit Brot, dürstet ihn, so tränke ihn mit Wasser, denn du wirst feurige Kohlen auf sein Haupt häufen, und der Herr wird's dir vergelten.“ (Sprüche 25,21f.) Der Redaktionskreis der deutschen Sektion von Sabeel bittet darum, Tag für Tag auf der Suche nach den richtigen Worten für eine gerechte Lösung des so unlösbar scheinenden Schicksals der Menschen in Israel und Palästina zu bleiben. Die Fundgrube kostet zehn Euro und wiegt nur 255 Gramm. Könnte auch ein Geschenk zu Weihnachten und anderen Geburtstagen werden.

GERHARD VÖHRINGER / ULRICH KADELBACH

Recht ströme wie Wasser –

Gedanken für jeden Tag des Jahres

Herausgegeben von den Freunden von Sabeel, Deutschland
AphorismA Verlag Berlin 2015

1. Auflage, 240 Seiten, ISBN 978-3-86575-054-9
Handcover mit Leseband, 16,5 x 10,5 cm, 10,00 €

FOTO-AUSSTELLUNG // FASZINIERENDE VITALITÄT

■ „Übe das Leben jetzt. Über Kunst und Kultur in Palästina.“ heißt eine Foto-Ausstellung des Münchener Schriftstellers und Fotografen Wolfgang Sréter. Mehrfach hat der Fotograf das Westjordanland besucht. Dabei sind Fotografien von jungen Palästinenserinnen und Palästinensern entstanden, die auf der Suche nach einer eigenen kulturellen Identität mit Musik-, Theater- und Tanzprojekten innere und äußere Grenzen überwinden. Sie leben jetzt und wollen jetzt ihre Stärken ausdrücken und ihre künstlerischen Vorstellungen umsetzen. Die Ausstellung wurde bereits in Düsseldorf, München und Jerusalem gezeigt.

Kontakt: info@wolfgangsréter.de



BUCH // ERHELLENDE LEKTÜRE

■ Nurit Peled-Elhanan hat zahlreiche Textbücher, die an israelischen Gymnasien Pflichtlektüre sind, einer gründlichen Inhaltsanalyse unterzogen; sie kommt zu einem erschütternden Ergebnis: Die Textbücher stecken voller rassistischer, antiarabischer Klischees, die nicht über die dortigen „israelischen Araber“ aufklären, sondern „die anderen“, sprich die ursprünglichen Bewohner Palästinas, marginalisierten, karikierten und dämonisierten. Der Name „Palästinenser“ werde nur im Zusammenhang mit „Terrorismus“ verwendet. In keinem der untersuchten Textbücher werde irgendetwas Positives über die

„israelischen Araber“ gesagt, sei es im kulturellen, sozialen, literarischen, historischen, traditionellen oder agrarischen Sektor, obgleich sie 20 Prozent der israelischen Bevölkerung stellen. In den Schulbüchern dominiere ein „rassistischer Diskurs“.

LUDWIG WATZAL

Palestine in Israeli School Books:

Ideology and Propaganda in Education

(Library of Modern Middle East Studies) (Englisch) Gebundene Ausgabe, 2012

von Nurit Peled-Elhanan (Autor)
IBTauris, New York, 2013



Rotes Hemd. Blue Jeans.

FOTO // FOTOLIA



Rotes Hemd. Blue Jeans. Kleine Turnschuhe. Nicht auf einem Boot von Asylsuchenden. Nicht an der Hand einer Mutter, die ein Kopftuch trägt. Nicht auf dem Arm eines braunhäutigen Vaters. Von niemandem begleitet, den die Welt verteuflern kann. Das Gesicht im Sand, öffnet er uns mit seinen für alle Zeiten geschlossenen Augen die Augen. Er kommt einem so vertraut vor, wie ein Sohn, ein Enkel, ein Neffe, ein kleines Kind auf dem Spielplatz. Wie das im Laden nebenan, das uns immer mit großen Augen mustert.

Rotes Hemd. Blue Jeans. Kleine Turnschuhe. Keine Papiere. Kein Visum. Kein Ausweis. Ein Opfer unserer Politik. Die Kriege, die wir dort angezettelt haben, lassen uns hier nicht mehr los. Die Stimmen, die wir so lange stumm geschaltet haben, sind auf einmal laut und deutlich zu vernehmen. Ein Bild wiegt tausend Wörter auf, doch wie vieler Wörter bedarf es, damit wir uns nicht mehr fürchten ... vor dem anderen? Wie viele Wörter sind nötig, damit wir zu unserer Menschlichkeit stehen?

In der Ferienanlage hatte man mit so etwas am wenigsten gerechnet. Die Touristen waren schockiert. Sie wollten doch nur den Sonnenuntergang betrachten und auf dem Strand miteinander schlafen. „Er hätte auch an eine andere Küste gespült werden können.“ Rotes Hemd. Blue Jeans. Kleine Turnschuhe. Gedankenloser Flüchtling. Warum musste er gerade in unserem Meer ertrinken?

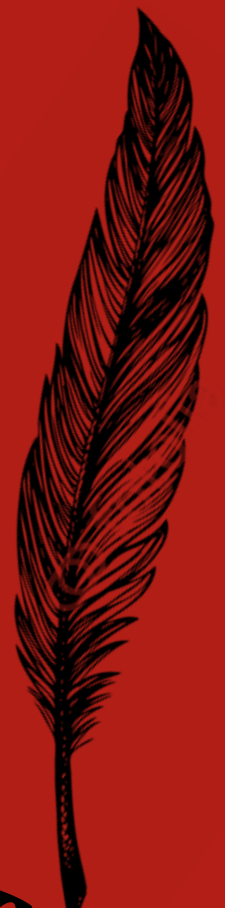
Erinnern wir uns: Die Palästinenser stellten die erste Welle der Entrechteten in der arabischen Welt dar, inzwischen sind sie nur noch ein Tropfen im grenzenlosen Ozean von Exil und Leid. Wir lernen daraus: wenn man das Unrecht gären lässt, breitet es sich ins Unermessliche aus. Jeder wird zum Flüchtling. Rotes Hemd. Blue Jeans. Kleine Turnschuhe. Sie trieben auf den Wellen vor der Küste Haifas, auf der Flucht vor dem Irgun. Das Gesicht im Sand. Die Nakba ist ansteckend. Wenn sie nicht behandelt und bekämpft wird, breitet sie sich jenseits der Grenzübergänge und des Gazastreifens aus, bis hin nach Syrien ... in den Irak ... nach Afghanistan ... in den Jemen ... Ihr Gift verpestet die Gewässer des Mittelmeers.

Rotes Hemd. Blue Jeans. Kleine Turnschuhe. Er ist schön und unversehrt. Das Gesicht im Sand. Die Haie haben ihn nicht gefressen. Sie überließen ihn den größeren Bestien. Den Waffenhändlern, Kriegstreibern und Ölscheichs. Den Neokonservativen im Westen und den Tyrannen im Osten. Er ist eine Opfergabe für ihr großes Festgelage.

SAMAH SABAWI AUS DEM
ENGLISCHEN VON SASKIA
BONTJES VAN BEEK

DIE PALÄSTINENSISCH-
AUSTRALISCHE SCHRIFTSTELLERIN
SAMAH SABAWI, SELBER EIN
FLÜCHTLING AUS GAZA,
SCHRIEB ÜBER IHR POEM:

„Es ist ein Gedicht, von dem ich wünsche, dass ich es hätte nie schreiben müssen für einen Jungen, dem ich wünsche, er hätte nicht ertrinken müssen ... Das Gedicht gehört nicht mir, sondern Aylan und allen Flüchtlingen, deren Namen wir nie wissen werden. Rotes Hemd Blue Jeans ist nun draußen für jeden und jede, die es lesen möchten, weitergeben möchten und dadurch hoffentlich angeregt werden zu handeln.“



Poesie!

Breakdancer in Gaza brauchen Ihre Unterstützung

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Camps Breakerz sind eine Gruppe von neun Breakdancern, die in Nusairat in Mittelgaza in einem sogenannten „Camp“ leben. Viele junge Menschen in Gaza leiden an Depressionen und den Folgen ihrer Traumata, erleben ihre eigenen Bemühungen immer wieder als hoffnungslos, die Begrenzung der Reisefreiheit als „erstickend“. Den Camps Breakerz (CB Crew) aber ist es gelungen, sich aus ihren Beschränkungen zu befreien und einen Ort zu schaffen, der Lebensbejahung und -freude verbreitet. In den vergangenen zehn Jahren sind sie zu ernstzunehmenden Tänzern und Pädagogen geworden. Ihr Tanztraining

ist für die Kinder und Jugendlichen ihres Camps in Nusairat eine sinnvolle Freizeitgestaltung, die sie teilhaben lässt an künstlerischen Prozessen und ihnen die Möglichkeiten gibt, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln.

Die Tänzer waren in diesem Sommer und Herbst als Botschafter Gazas auf Tournee in Deutschland und Europa. Sie erzählten ihre Geschichten und vermittelten ein lebendiges Bild von ihrem Leben und ihrer künstlerischen Verarbeitung der Einschränkungen in ihrem krisengeschüttelten Land. Damit stehen die jungen Tänzer auch für die Schönheit, Herzlichkeit und Erneuerungskraft der Menschen

im Gazastreifen. Durch Workshops in Schulen und Jugendzentren, durch Gespräche sowie durch Performances

kam es zu intensiven Begegnungen mit Jugendlichen und Erwachsenen. Daneben fand ein direkter Austausch mit Breakdancerinnen und Breakdancern sowie Hip-Hopperinnen und Hip-Hopern statt. Wir freuen uns, wenn Sie dieses Projekt unterstützen und bitten Sie um Ihre Spende. Jeder Euro zählt.

Viele Grüße

DR. JAN-GÜNTER FRENZEL
I. A. DES DPG-VORSTANDS

Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

bittet Sie um Spenden auf ihr Konto, DPG e.V., Stichwort „Breakdance“, Sparda West, BIC: GENODE1SPK, IBAN: DE63 3706 0590 0600 3392 10

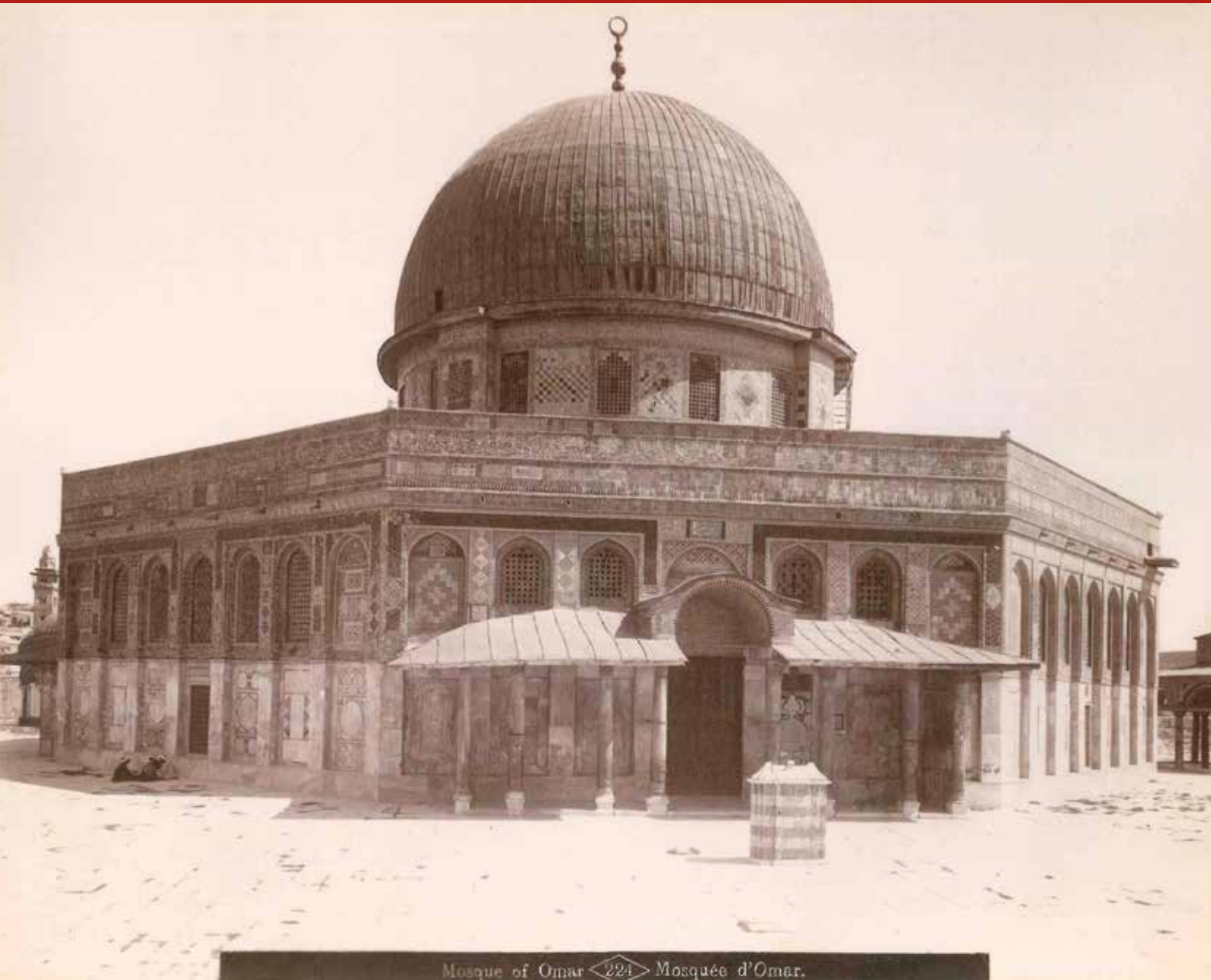
Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung (ab einem Überweisungsbetrag von 100 €) zusenden können.

[] P.S. In der letzten Ausgabe des Palästina Journals hatten wir um Spenden für das Flüchtlingslager Yarmouk in Damaskus gebeten. Die DPG dankt den Spendern und Spenderinnen ganz herzlich.



PROJEKTHILFE

© Landeskirchliches Archiv K8 /12, Stuttgart
Felsendom in Jerusalem, Foto von ca. 1870



Mosque of Omar 224 Mosquée d'Omar.